

Bericht

zur öffentlichen

Sitzung des Gemeinderats am 17.01.2017

Annahme von Spenden im Jahr 2016

Gemäß den Vorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg darf die Gemeinde Spenden und Schenkungen und ähnliche Zuwendungen annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben beteiligen. Über die Annahme entscheidet der Gemeinderat. Der Bürgermeister informierte, dass im vergangenen Jahr die Gemeinde Gammelshausen Spenden in Höhe von insgesamt 3.270 EUR erhalten habe, die unter anderem für eine Gemeinde-Veranstaltung, die Seniorenarbeit sowie die örtliche Freiwillige Feuerwehr bestimmt gewesen sei. Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Spenden einstimmig zu. Bürgermeister Daniel Kohl bedankte sich namens der Gemeinde nochmals herzlich bei allen Spendern.

„Gammelshäuser Almabtrieb“ am 22.10.2017: Beschlussfassung zur Durchführung durch die Gemeinde als Veranstalterin

Der Gemeinderat beschloss für den nächsten Gammelshäuser Almabtrieb, dass die Gemeinde als Veranstalterin agiert und sich mit einem finanziellen Abmangel in Höhe von 1.000 EUR hieran beteiligt. Bürgermeister Kohl erläuterte zuvor kurz die Historie des bis 2013 stattgefundenen und sehr erfolgreichen Festes sowie die Tatsache, dass der bisherige Veranstalter, der Musikzug Gammelshausen, im Jahr 2014 verkündet habe, dieses Fest nicht mehr zu veranstalten. Der Musikzug stellte der Gemeinde dankenswerterweise jegliche Unterlagen zur Verfügung, sodass die Gemeindeverwaltung zusammen mit den Vereinen und Organisationen in der Zwischenzeit eruiieren konnte, ob eine gemeinsame Fortsetzung unter der kommunalen Schirmherrschaft in Betracht gezogen wird. Nach vielen Gesprächen mit den bisher beteiligten Landwirten sowie allen Vereinsvorständen und der örtlichen Feuerwehr konnte der Vorsitzende nun verkünden, dass nahezu alle ihre Mitarbeit zugesagt haben, unter Bezugnahme auf ein von der Verwaltung erstelltes neues Festkonzept. Dieses sieht unter anderem eine Auslagerung des Speisenangebots an einen externen Caterer vor, nachdem nahezu alle Vereine Probleme bei der Akquirierung von eigenem Vereinspersonal sahen. So sei lediglich der Bereich Getränke, Kaffee und Kuchen sowie Auf- und Abbau an diesem Tag von den Vereinen zu stemmen, was dennoch genügend Arbeit sei. Der Vorschlag, unterhalb des Gemeindehauses in einem Festzelt zu feiern gefiel den Vereinsvertretern und Ratsmitgliedern trotz damit verbundenen Auf- und Abbauarbeiten ebenso wie eine Landmaschinen- und Traktorenausstellung, die das Fest mit dem Motto "Landwirtschaft" bereichern soll. Seit mehreren Wochen laufen seitens der Verwaltung Sponsoring-Anfragen, um möglichst eine Kostendeckung zu erreichen. Einige Zusagen liegen der Gemeinde bereits vor, wie Bürgermeister Kohl zu berichten wusste.

Einige Sprecher sahen in der vorgelegten Konzeption eine schlüssige Planung und brachten zum Ausdruck, dass das Engagement seitens der Gemeinde sehr zu schätzen sei. Die vorgeschlagene Einrichtung eines Organisations-Teams solle die Gemeindeverwaltung in der Vorbereitungszeit jedoch auch ein Stück weit entlasten. Ein Ratsmitglied appellierte zu versuchen, Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit am Fest zu motivieren, egal ob Vereinsmitglied oder nicht. Die Verwaltung werde den Gemeinderat über den Fortlauf der Festvorbereitungen auf dem Laufenden halten.

Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017

Der Haushaltsplan 2017 mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 4.176.125 EUR wurde vom Gemeinderat mehrheitlich verabschiedet. Hiervon betragen die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts jeweils 3.080.725 EUR, die des Vermögenshaushalts jeweils 1.095.400 EUR. Sehr erfreulich sei nach Aussage von Bürgermeister Daniel Kohl, dass mit dem Planwerk ein ausgeglichener Haushalt vorliege, der gegenüber den Vorjahren keine Steuer- und Gebührenerhöhungen erforderlich mache und ohne Darlehensneuaufnahmen auskomme. Die größten in 2017 geplanten Bauprojekte wie den Einbau einer Ultrafiltrationsanlage im Hochbehälter „Halden“ sowie die energetische Sanierung des Gemeindehauses seien über den Vermögenshaushalt finanziert und könnten dank hoher Landeszuschüsse auch zeitnah umgesetzt werden.

Der Verwaltungshaushalt sei wie auch schon in den vergangenen Jahren weiterhin äußerst sparsam zu führen. Zwar würde die Gemeinde in diesem Jahr die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführungsrate in Höhe der ordentlichen Tilgungsleistungen erreichen und auch die Zuführungsrate von rund 125.000 EUR zeige gegenüber 2016 eine deutliche Verbesserung, dennoch müsse laut Kohl davon ausgegangen werden, dass sich dieser Momentzustand bereits im Herbst verändern könnte, da sich beim Grundschul- und Kindergartenverband der Bedarf für die Öffnung einer achten Gruppe abzeichne. In diesem Zusammenhang erläuterte der Vorsitzende nochmals die Forderung des Landratsamtes Göppingen im Zuge des Nachtragshaushalts 2016, zur dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gemeinde die Hebesätze auch in Zukunft zu erhöhen.

Bereits im Rahmen der Haushaltseinbringung im Dezember wurde deutlich, dass sich der Gemeinderat mehrheitlich vorstellen könnte, den Hebesatz der Gewerbesteuer von der landkreisweiten „Spitzenreiter-Position“ von 420 auf 400 v. H. zu reduzieren. Hintergrund hierfür war und ist für die Verwaltung, als Gewerbestandort Gammelshausen, welcher bereits aktuell aus nur wenigen Gewerbebetrieben besteht, attraktiv zu bleiben bzw. attraktiver zu werden. Jene Erhöhung sei aus finanzwirtschaftlicher Sicht vor einem Jahr mit knapper Mehrheit beschlossen worden, könne sich aber aktuell für die Gemeinde nachteilig auswirken, wenn beispielsweise Abwanderungsgedanken von Betrieben im Raum stehen oder gar gewerbliche Neuansiedlungen wie für das im Ort geplante Mischgebiet aufgrund der interkommunalen bzw. landkreisweiten Konkurrenz erst gar nicht in Betracht gezogen werden.

Zwei Ratsmitglieder könnten sich für eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes nur dann aussprechen, wenn in diesem Zuge auch die Grundsteuern A und B gesenkt würden. Wenn der eine Bereich entlastet werden sollte, dann sollte der andere davon auch profitieren.

Für die Verwaltung kam in der Diskussion eine Senkung der Grundsteuerhebesätze nicht in Betracht. Der Bürgermeister bemerkte, dass er einer Senkung der Grundsteuern nur dann zustimmen könnte, wenn man es sich leisten kann; leider sei dies momentan und auch im Hinblick auf kommende Aufgaben schlichtweg nicht der Fall. Es wäre für die Bürgerschaft am Ende nicht nachvollziehbar, heute aus Gründen der Gleichbehandlung neben der Gewerbe- auch die Grundsteuer zu senken und eigentlich im Hinterkopf haben zu müssen, bald schon wieder eine Erhöhung vorzubereiten, nicht zuletzt, weil auch das Landratsamt eine „deutliche Erhöhung“ fordert. Er sah die Diskussion zur Gewerbesteuer auch „ein Stück weit losgelöst vom Haushalt 2017“ und wies einmal mehr auf die notwendige dauerhafte Attraktivität des örtlichen Gewerbesektors hin.

Keinen Hehl machte Kohl daraus, dass eine Senkung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Gewerbesteuerhebesatzes um 20 v. H. im Haushalt 2017 einen Einnahmeausfall von rund 5.500 EUR bedeuten würde, dennoch „rechne“ sich dieser Schritt, wenn die Gewerbesteuereinnahmen stabilisiert bzw. sogar künftig erhöht werden könnten. Eine Garantie hätte man dadurch natürlich nicht, die Chancen für die Zukunft würden aber sicherlich besser stehen.

Kämmerer Michael Deiß warnte ebenfalls davor, die Grundsteuern zu reduzieren. Aufgrund fehlender Finanzmittel können derzeit in der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung keinerlei Mittel für investive Maßnahmen wie den Austausch von fünf Wasserleitungen oder den Erwerb eines neuen und notwendigen Löschfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr dargestellt werden. Ebenso werden die Haushalte der Gemeinde ab dem Jahr 2019 nicht mehr gesetzeskonform sein, da die Zuführungsraten die Höhe der ordentlichen Tilgungsleistungen nicht erreichen wird.

Die Grundsteuer als Vermögenssteuer sei nicht mit der Gewerbesteuer zu vergleichen, wonach man auch von „Gleichbehandlung“ nicht sprechen sollte.

Ein Sprecher unterstrich dies und bemerkte, selbst vor einem Jahr für die Erhöhung in der Gewerbesteuer gestimmt zu haben. Nun scheint es, dass „Bewegung in den Gewerbebereich kommt“, weshalb man seine Meinung auch ändern kann und einen neuen Beschluss fassen sollte. Zudem dürfte man nicht versuchen, gleich behandeln zu

wollen, was nicht gleich zu behandeln ist. Die zu erwartenden Steuern zu sichern sollte das primäre Ziel sein.

Ein Mitglied kündigte an, mit Blick auf die vielen noch anstehenden und wichtigen Maßnahmen einer Senkung der Grundsteuer nicht zuzustimmen.

Losgelöst von der heutigen Hebesatzentscheidung bat ein Sprecher nochmals darum, sich seitens der Verwaltung in der laufenden Aichelberger Gewerbegebietsansiedlung für eine Öffnung für alle Verbandsgemeinden stark zu machen.

Bei fünf Gegenstimmen wurde die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde für das Jahr 2017 beschlossen.

Baugebiet „Kirchstraße“: Festlegung von Verkaufspreis, Vergabekriterien und weiteren Richtlinien

Nachdem der Satzungsbeschluss für das Bauerweiterungsgebiet "Kirchstraße" mit zwei Bauplätzen gefasst wurde sollten in der heutigen Sitzung weitere Details für den auszuschreibenden Bauplatz (647 m²) beschlossen werden. Dabei traf der Gemeinderat folgende Entscheidungen:

Der Verkaufspreis beträgt 260,00 EUR pro Quadratmeter (dieser gilt auch für den bereits fest reservierten Platz mit 797 m²). Der Bauplatz soll im Mitteilungsblatt am 26. Januar offiziell ausgeschrieben werden. Bei der Vergabe im März werden vom Gemeinderat Kriterien wie Wohnort, Familienverhältnisse und aktuelle Wohnsituation berücksichtigt. Diese Kriterien wurden in ein Punktesystem eingearbeitet, das wie folgt aussieht:

Wohnort

Einheimische (mindestens seit 1.1.2015 in Gammelshausen gemeldet)	4 Punkte
Auswärtige	1 Punkt

Familie

je Kind bis 4 Jahre	4 Punkte
je Kind zw. 5 und 10 Jahren	3 Punkte
je Kind zw. 11 und 18 Jahren	2 Punkte
keine Kinder im Haushalt	1 Punkt

Aktuelle Wohnsituation

Wohnen zur Miete	3 Punkte
Wohnen im Eigentum	1 Punkt

Die Interessenten mit der höchsten Punktzahl erhalten die Möglichkeit den Bauplatz zu erwerben. Sind für den Platz mehrere Interessenten vorhanden so entscheidet die höhere Punktzahl bzw. bei gleicher Punktzahl das Los.

Bauantrag auf Erweiterung eines bestehenden Balkons auf Flurstück 14, Gartenstraße 4

Dem Bau eines zweistöckigen Süd-Balkons erteilte das Gremium einstimmig das kommunale Einvernehmen.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Daniel Kohl informierte darüber, dass mittlerweile beide Kaufverträge für die **Bauplätze im Haldenweg** geschlossen seien.

Für das landesweite Verkehrskonzept **RadNETZ**, in dem sowohl die Fahrradfreundlichkeit wie -sicherheit in einem flächendeckenden durchgängigen Netz alltagstauglicher Fahrradverbindungen im Fokus stehen, sind 700 Kommunen an das Netz angeschlossen. In Gammelshausen ist auf Verwaltungsebene über eine Streckenführung aus Dürnau her kommend im Bereich von Schulweg/Landesstraße zu beraten. Der Gemeinderat folgte der Verwaltungssicht, dass die Landesstraße 1217 in Richtung Kreisverkehr keine optimale Strecke darstellt und hier die Alternative über das Wohngebiet auf die Eschenbacher Straße/Im Ostern präveriert wird. Zudem soll aus Gründen der Haftung der Feldweg zu den Aussiedlerhöfen weiterhin als solcher deklariert sein und nicht als Radweg ausgewiesen werden.

Der Vorsitzende lud namens des Feuerwehrkommandanten Wolfgang Mürter herzlich zur diesjährigen **Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Gammelshausen** am 20.01.2017 um 20 Uhr im Magazin ein.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Es wurden keine Wortmeldungen vorgebracht.

gez.
Daniel Kohl
BM/Schriftführer

-20.01.2017-

Bericht

zur öffentlichen

Sitzung des Gemeinderats am 14.02.2017

Bestellung eines Ratschreibers mit Stellvertretung

Im Zuge der Neuordnung des Grundbuchwesens wurde das Grundbuchamt beim Notariat Bad Boll am 12. Februar 2017 aufgelöst. Die Zuständigkeit für diese Aufgabe ging auf das Amtsgericht Ulm über. Die Gemeinde Gammelshausen beabsichtigt, als Service für die Einwohnerschaft, im Rathaus weiterhin Einsichtnahmen in die Grundbücher zu ermöglichen. Somit müssen Personen, die ein berechtigtes Interesse an einer Einsichtnahme nachweisen, sich nicht nach Ulm begeben. Voraussetzung für den Betrieb einer Grundbuchstelle im Rathaus ist die Bestellung eines Ratschreibers.

Der Gemeinderat bestellte nunmehr Bürgermeister Daniel Kohl als Ratschreiber, als stellvertretende Ratschreiberin wirkt Rathausmitarbeiterin Frau Christina Geyer.

Radverkehrskonzeption des Landkreises und RadNETZ BW: Beteiligung der Gemeinde

Der Gemeinderat befasste sich mit Streckenführungen für Radwegkonzepte des Landkreises und des landesweiten Verkehrskonzepts der RadNetz BW, an welches insgesamt 700 Kommunen an ein fahrradfreundliches Wegenetz angeschlossen sind. Für die Gemeinde Gammelshausen wurden dabei zwei Streckenvarianten aus Dürnau kommend mit Weiterführung nach Heiningen vorgeschlagen. Eine Variante führt dabei über den Parallelweg der Kreisstraße von Dürnau bis zum Kreisverkehr, wo zuvor der Fußgängerüberweg gekreuzt werden müsste, und dann fortführt über die Eschenbacher Straße, Im Ostern und an den Aussiedlerhöfen vorbei nach Heiningen. Der zweite Streckenvorschlag verläuft über den Schulweg bis zur Einmündung in die Hauptstraße. Für den weiteren Verlauf am Ende des Schulwegs gab es bisher zwei weitere Varianten: Entweder könnten die Radler nach Aktivierung der Fußgängerampel sicher den Überweg queren und dann in Richtung Norden zum Kreisverkehr fahren oder die vom Gemeinderat bisher bevorzugte Lösung über eine Einfädelspur und einen Schutzstreifen entlang der L 1217 nach Süden fahren, um dann in die Lotenbergstraße einzubiegen und entweder über die Eugen-Rau-Straße oder den Fußweg in die Wasserbergstraße weiter zu radeln. Aufgrund der geringen Fahrbahnbreite im Bereich der Einmündung in die Lotenbergstraße lässt sich dieses Konzept nach Auskunft des Landratsamts jedoch leider nicht umsetzen. Strikt abgelehnt hat das Gremium den nunmehr vom Amt für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur im Landratsamt eingebrachten neuen Vorschlag über die Weiterführung der Schulwegstrecke nach Osten. Dieser sah vor, den Radweg nach Erreichen des Einmündungsbereichs Schulweg/Hauptstraße direkt über den Rathausvorplatz zu führen. Hierzu sollte ein Einfassungsbeet, das bisher als sichere Abtrennung zur Hauptstraße dient, entfernt werden. Ebenso müsste auf zwei Parkplätze verzichtet und ein Baum entfernt werden. Dies sollte nach Aussage des Bürgermeisters nicht kommunales Ziel sein. Auch wäre damit ein kostenintensiver Umbau der Fußgängerampel verbunden. Im Gemeinderat wurde einhellig die Meinung vertreten, dass für die Gemeinde kein Bedarf für eine solch aufwändige Konzeption bestehe. Der Landkreis verfüge zudem über ein gut ausgebautes und ausgeschildertes Radwegenetz.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Daniel Kohl gab bekannt, dass in der vergangenen Woche im Rahmen einer Katasterabstimmung mit dem zuständigen Planungsbüro Standorte für Schilder der **Freizeitwegekonzeption** besprochen wurden. Es bleibt beim bisherigen Info-Standort beim Bauhof. Neue Beschilderungen sollen an den Bushaltestellen Kirche und Schmiede sowie in der Fuchseckstraße bei der Sitzbank angebracht werden. Die Kosten werden seitens des Landkreises getragen.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Aus der Mitte des Rates wurde lobend bemerkt, dass die **VHS-Programmhefte** für das neue Semester dieses Mal sehr zeitnah ausgeteilt wurden und somit ausreichend Zeit für Auswahl und Anmeldung für die Kurse geblieben sei.

Auf die Anfrage eines Gemeinderats erklärte der Vorsitzende, dass der **Kreativmarkt**, der in Kooperation mit der VHS "Raum Bad Boll/Voralb" am 18./19.02.2017 im Gemeindehaus stattfand, für die Gemeinde mit keinen Kosten verbunden sei.

Auf eine Anfrage erklärte der Bürgermeister, dass wie bereits bekanntgegeben in der **Fuchseckstraße** eine Verbesserung der dortigen Parksituation geplant sei. Man befinde sich im Gespräch mit den betroffenen Anwohnern sowie der Straßenverkehrsbehörde.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer

-21.02.2017-

Bericht

zur öffentlichen

Sitzung des Gemeinderats am 28.03.2017

Einbau einer Ultrafiltrationsanlage mit Austausch der Elektrotechnik im Hochbehälter „Halden“: Vergabe der Gewerke

Aufgrund der Ausschreibungsergebnisse konnte der Gemeinderat nunmehr folgende Gewerke an die jeweils günstigsten Anbieter vergeben:

Gewerk „Elektrotechnik“: Fa. Wittinger, Denkendorf, zum Angebotspreis von 80.800,30 EUR netto

Gewerk „Verfahrenstechnik“: Fa. Bauser, Waiblingen, zum Angebotspreis von 78.549 EUR netto

Gewerk „Ultrafiltrationsanlage“: Fa. Strecker Wassertechnik, Tuttingen, zum Angebotspreis von 136.650 EUR netto

Das Gewerk "Fliesenarbeiten" wurde auf Vorschlag der Verwaltung aus formalrechtlichen Gründen aufgehoben, sodass die Arbeiten nun freihändig an die Bad Boller Firma BPH vergeben werden sollen. Der Gemeinderat ermächtigte hierzu die Verwaltung, im Nachgang zu dem Bietergespräch, den Auftrag bis zu einer Obergrenze von 21.485 EUR zu erteilen.

Lag die Kostenberechnung bei Antragsstellung des Zuschusses noch bei rd. 306.000 EUR, so zeigten sich nun bei verschiedenen Gewerken Kostensteigerungen, die zu einer erwartenden Bausumme von rd. 336.000 EUR führen. Die Gemeinde erhält für diese Maßnahme einen Landeszuschuss in Höhe von 269.300 EUR. Mit den heute gefassten Beschlüssen hat der Gemeinderat die Grundlage geschaffen, dass mit den Arbeiten planmäßig zum 1. April begonnen werden kann, was Voraussetzung für die Zuschussgewährung ist.

Reinigung der örtlichen Quelleitung: Beratung und Beauftragung

Die Quelleitung der Gemeinde bedarf nach geraumer Zeit nunmehr einer Reinigung und Desinfizierung. Nachdem die Gemeinde Gammelshausen derzeit bis auf Weiteres ausschließlich Fremdwasser bezieht könnte die Reinigungsmaßnahme zeitnah durchgeführt werden. Das vorliegende Angebot einer Fachfirma, die bereits die letzte Reinigung durchgeführt hatte, beläuft sich auf 6.944,85 EUR netto. Der Gemeinderat beschloss, dass ein zweites Vergleichsangebot eingeholt werden und erst dann eine Auftragsvergabe erfolgen sollte.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Daniel Kohl informierte über den Sachstand der **Kompostplätze**. In Heiningen wird nach Aussage des Göppinger Abfallwirtschaftsbetriebs der neue Grüngutplatz bis Ostern fertiggestellt sein. Der Sammelplatz in Gammelshausen bleibt noch bis zum 28. April geöffnet, wie bereits im "Blättle" vor einigen Wochen mitgeteilt.

Auf der Ortsdurchfahrt soll vom Kreisverkehr bis zur Einmündung Fuchseckstraße ein **Schutzstreifen für Fahrradfahrer** angebracht werden. Erfreulich ist nach Aussage des Vorsitzenden, dass Polizei, Landratsamt und Straßenmeisterei diesen Vorschlag der Verwaltung unterstützen. Die Maßnahme wird derzeit planerisch dargestellt. Der Gemeinderat könnte somit voraussichtlich bereits in der nächsten Sitzung darüber entscheiden.

In der Anlage entlang der Dürnauer Straße stand ein gemeindeeigener **Kleingarten** zur Neuverpachtung an. Einstimmig sprach sich das Gremium dafür aus, den Garten an zwei örtliche Bewerber zu vergeben.

Bürgermeister und Gemeinderat bedankten sich bei Herrn Herbert Wick, der der Gemeinde vor Kurzem seinen Erlös aus dem **Kreativmarkt** im Gemeindehaus als Spende zukommen ließ.

Ein Dankeschön galt auch dem Kleintierzüchterverein Heiningen für **acht Nistkästen**, die der Verein der Gemeinde schenkte.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Intensiv diskutiert wurde nochmals die Frage, an welcher Stelle in der Eschenbacher Straße **Fahrbahnschwellen** zur Verlangsamung der Durchfahrt aufgebracht werden sollen. Man einigte sich darauf, diese testweise, wie vom Landratsamt genehmigt, im östlichen Straßenbereich zu installieren.

Aus der Mitte des Gremiums wurde angeregt, die örtliche **Friedhofssatzung** im Hinblick auf den redaktionellen Teil zu überarbeiten, was von Bürgermeister Kohl auf die Sitzung im Mai oder Juni zugesagt wurde.

Auf eine Anfrage erklärte der Bürgermeister, dass die zusätzlich eingerichtete **Ampelanlage** im Einmündungsbereich Hauptstraße/In der Breite fristgerecht nach Ablauf der Genehmigung abgebaut wurde. Diese sei während der dunklen Jahreszeit mit dem hohen frühmorgendlichen Schwerlastverkehrsaufkommen im Baustellenbereich des Schulwegs erforderlich gewesen.

Ein Sprecher bat die Verwaltung abzuklären, ob die **Beschilderung einer Bushaltestelle** auf öffentlichem oder privatem Grund angebracht ist.

gez.

Uwe Göhl
Schriftführer

-31.03.2017-

Bericht

zur öffentlichen

Sitzung des Gemeinderats am 25.04.2017

Feststellung der Jahresrechnung 2016

Trotz der angespannten Finanzlage der Gemeinde konnte die Verwaltung einen Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 präsentieren, der als ordentlich bezeichnet werden kann. So beschrieb eingangs Bürgermeister Daniel Kohl das Zahlenwerk und erläuterte die wichtigsten Zahlen. Der Verwaltungshaushalt hat sich entsprechend der guten konjunkturellen Lage in Deutschland etwas besser entwickelt als zuvor im Rahmen der Haushaltsplanung angenommen worden war. So konnte dort eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt in Höhe von 248.596,06 EUR erwirtschaftet werden. Geplant war eine Zuführungsrate von 50.000 EUR. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Volumen von 3.091.361,61 EUR ab, hier waren Einnahmen und Ausgaben von jeweils 3.051.905 EUR geplant. Kämmerer Michael Deiß bemerkte, dass der Indikator für die stabile Konjunkturlage der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sei, wo die Gemeinde mit Einnahmen in Höhe von 788.992,50 EUR einen historischen Höchststand zu verzeichnen hat. Auch bei den Schlüsselzuweisungen gab es Mehreinnahmen von 56.420,20 EUR und führten zu insgesamt 725.425,20 EUR.

Für das Kinderhaus fiel die Betriebskostenumlage im vergangenen Jahr um 40.746,72 EUR geringer aus und lag bei 230.353,28 EUR. Zurückzuführen war dies insbesondere auf Einsparungen bei den Personalausgaben durch die Schließung einer Kleingruppe. Wenigerausgaben waren auch bei den Unterhaltungskosten für die Wasserversorgung (8.260,55 EUR gegenüber dem Ansatz von 25.000 EUR) und der Abwasserbeseitigung (2.882,53 EUR gegenüber dem Ansatz von 15.000 EUR) festzustellen. An den Abwasserzweckverband mussten mit 31.146 EUR über 10.000 EUR weniger abgeführt werden als veranschlagt.

Zwei Faktoren hatte der Verbandskämmerer insbesondere für die weiterhin bestehenden finanziellen Probleme der Gemeinde ausgemacht:

Im Gegensatz zu den meisten Gemeinden in Baden-Württemberg kann die Gemeinde Gammelshausen nicht von den Zuwächsen bei der Gewerbesteuer profitieren. Das Aufkommen aus der Gewerbesteuer lag in den Jahren 2013 bis 2015 jeweils zwischen 80.000 und 110.000 EUR. Im Haushaltsjahr 2016 konnten aufgrund der Hebesatzanhebung mit 120.381,01 EUR höhere Einnahmen erzielt werden. Dies entspricht einem Gewerbesteueraufkommen von 85 EUR je Einwohner. In Baden-Württemberg liegt dieses bei Gemeinden dieser Größenordnung bei 402 EUR pro Einwohner. Um den Gewerbestandort für die wenigen Betriebe auch in den kommenden Jahren attraktiv zu halten hatte der Gemeinderat im Januar 2017 beschlossen, die Hebesatzerhöhung wieder rückgängig zu machen und den Hebesatz für die Gewerbesteuer wieder auf 400 v. H. abzusenken. Die Verwaltung erwartet deshalb in den kommenden Jahren ein Gewerbesteueraufkommen, das sich bei rd. 110.000 EUR einpendeln dürfte.

Als zweiten Aspekt, der in den vergangenen Jahren wesentlich zur Finanzschwäche der Gemeinde beigetragen hat, hatte Deiß die Entwicklung der Betriebskostenumlage an den Grundschul- und Kindergartenverband ausgemacht. Seit dem Jahr 2007 war diese von 148.825,64 EUR auf 367.107,04 EUR im Jahr 2016 angestiegen. Auch für die kommenden Jahre rechnet man mit einem weiteren Anstieg, da es aus rechtlichen Gründen aufgrund der Kinderzahlen zwingend notwendig sein wird, im Herbst eine zusätzliche Kleingruppe anzubieten, die dann voraussichtlich im Frühjahr 2018 in eine

vollwertige Betreuungsgruppe umgewandelt werden soll. Vom Landratsamt Göppingen wurde die Gemeinde im Rahmen des Haushaltserlasses 2017 bereits aufgefordert, Nachweise über die Finanzierbarkeit dieser Mehrausgaben durch Ausgabekürzungen bzw. gegebenenfalls Einnahmeerhöhungen vorzulegen.

Der Vermögenshaushalt schließt mit einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 21.000 EUR ab. Geplant war eine Zuführung an die allgemeine Rücklage in Höhe von 38.000 EUR. Zurückzuführen war dies darauf, dass die Kaufpreiserlöse der beiden Bauplätze im Haldenweg erst im Jahr 2017 fällig werden.

Größte Ausgabenposition im Vermögenshaushalt waren im vergangenen Jahr die Tilgungsleistungen mit 69.251,53 EUR. Weitere Ausgabenschwerpunkte lagen bei den Abbruchmaßnahmen des Anwesens Hauptstraße 22, Förderung von Ortskernsanierungsmaßnahmen, Abbruch des Wertstoffhofes im Haldenweg sowie der Herstellung und Grabpflege des Urngemeinschaftsgrabs auf dem Friedhof. Außerdem waren noch Vermögensumlagen an den Grundschul- und Kindergartenverband für die Grundschule und das Kinderhaus zu erbringen.

Der Schuldenstand der Gemeinde lag zum 31.12.2016 bei 724.645,20 EUR, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 510 EUR entspricht. Diese Zahl liegt geringfügig unter dem Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden in Baden-Württemberg (606 EUR/Einwohner).

Die Kommunal Finanzen der Gemeinde sind im vergangenen Jahr etwas besser ausgefallen als angenommen. Dennoch gelte es, die Finanzsituation weiterhin genau im Auge zu behalten.

Anbringung eines Schutzstreifens auf der L1217: Beschlussfassung

Der Landkreis Göppingen hat sich zum Ziel gesetzt, den Radverkehr aktiv zu fördern. Die Gemeinde Gammelshausen hatte deshalb beim Landratsamt den Wunsch nach einem Fahrradschutzstreifen (Fahrradweg) auf der Ortsdurchfahrt angemeldet. Dadurch würde die Strecke für Radfahrerinnen und Radfahrer sicherer gestaltet. Wie Bürgermeister Kohl nunmehr bekannt gab wird das Ansinnen der Gemeinde sowohl von der Polizei und der Straßenmeisterei als auch vom Landratsamt unterstützt. Die Planung sieht vor, beginnend vom Kreisverkehr bis zur Einmündung in die Fuchseckstraße auf der westlichen Fahrbahnseite, einen 1,50m breiten Schutzstreifen auszuweisen und durch unterbrochene Leitlinien und Fahrrad-Piktogramme zu kennzeichnen. Fahrzeuge dürfen darauf nicht parken. Die Fahrbahnbreite auf der Hauptstraße beträgt durchweg 7m. Abzüglich des Fahrradwegs von 1,50 Meter ergibt dies eine verbleibende Fahrbahnbreite von 5,50 Meter. Bei der Begegnung zweier LKWs darf der Schutzstreifen auch überfahren werden. Die Kosten für diese Maßnahme werden vom Straßenbaulastträger übernommen. Im Gremium war man sich darüber einig, vor der endgültigen Zustimmung zu dieser Maßnahme, sich zunächst aufzeigen zu lassen, welche Parkmöglichkeiten durch den Schutzstreifen wegfallen und an anderer Stelle geschaffen werden können. Auch soll geprüft werden, ob der Schutzstreifen in südlicher Richtung noch bis auf Höhe der Einmündung Hauptstraße/Friedhofstraße verlängert werden kann.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Erfreuliches konnte Bürgermeister Daniel Kohl in Sachen **Reinigung der Quelleitung** berichten: War man in der Gemeinderatssitzung im März noch von anfallenden Kosten für diese Maßnahme in Höhe von rd. 6.950 EUR netto ausgegangen, so lag nun auf Wunsch des Gremiums ein weiteres Angebot einer Fachfirma vor, das sich auf rd. 4.700 EUR beläuft. Der Gemeinderat stimmte der Auftragsvergabe an die Firma Triwamet aus Alfdorf zu.

Seit dem 27. März erfolgt nach Aussage des Bürgermeisters die **Prüfung der Jahresrechnungen** der Gemeinde für die Jahre 2013 bis 2016 durch das Kreisprüfungsamt im Landratsamt.

Noch bis zum 31. Mai läuft die Bewerbungsphase für den lokalen Wettbewerb des **Deutschen Bürgerpreises 2017**, mit welchem bürgerschaftliches Engagement gefördert und ausgezeichnet werden soll. Die Kreissparkasse Göppingen ist hierbei federführend tätig und Projektpartner. Engagierte Personen, Gruppen, Vereine und Unternehmen können hierfür vorgeschlagen werden. Bürgermeister Kohl machte darauf aufmerksam, dass entsprechende Bewerbungsformulare unter www.deutscher-buergerpreis.de bezogen werden können.

Auf dem Rathausvorplatz wurde jüngst der beschädigte **Baumersetzt** und gibt dem Platz nun wieder ein ansehnliches Gesamtbild.

Zur **Maifeier mit anschließendem Maihock** am 30. April wurde vom Bürgermeister auch im Namen des Feuerwehrkommandanten Wolfgang Mürter herzlich eingeladen.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher nahm einen in der NWZ erschienen Bericht, der den **Motorradlärm** thematisiert hatte, zum Anlass, um erneut auf solche Lärmbelästigungen im südlichen Teil der Ortsdurchfahrt hinzuweisen. Danach gebe es spezielle Motorradlärm-Displayanzeigen, die motorisierte Zweiradfahrer durch Lärmmessungen und blinkende Anzeigen auf zu hohe Geschwindigkeiten aufmerksam machen. Die Beschaffung einer solchen Anlage sei mit Kosten in Höhe von rd. 12.000 EUR verbunden. Der Sprecher plädierte dafür, beim Landkreis die Anschaffung eines solchen Anzeigegegeräts anzuregen, das bei Bedarf an die Kreisgemeinden ausgeliehen werden könnte.

Aus der Mitte des Gremiums wurde angeführt, eine **Hundetoilette** zu leeren, auch sollte am **Bachwegle am Holzgeländer** ein defektes Teil ergänzt werden. Außerdem wurde angeregt, im Bereich der Sitzbank beim ALDI, die Möglichkeit zu überprüfen, dort einen **Abfallsammelbehälter** aufzustellen.

Auf eine andere Anfrage hin wurde seitens der Verwaltung ausgeführt, dass die **Straßenreinigung** durch die Kehrmaschine zeitnah erfolgen konnte, da diese von der Fachfirma nicht terminiert, sondern zwischen zwei Festterminen durchgeführt wurde. Ansonsten wären diese Arbeiten u. U. erst Wochen später zur Ausführung gelangt.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer

-28.04.2017-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 23.05.2017

Frageviertelstunde von Einwohnern

Ein Zuhörer verwies auf die angespannte Finanzlage der Gemeinde und wollte wissen, ob für die Kommune die Zusammenlegung der gemeindlichen Bauhöfe der Gemeinden Gammelshausen und Dürnau als dauerhafte Entlastung des Gemeindehaushalts eine Option wäre. Bürgermeister Daniel Kohl erklärte, dass seitens der Gemeinde Gammelshausen bereits seit Jahren Möglichkeiten einer Bauhofzusammenlegung oder weiterer Kooperationen angeregt und diskutiert wurden. Jedoch konnte eine gemeinsame Lösung mit Nachbargemeinden aus verschiedenen Gründen bislang nicht verwirklicht werden. Hinsichtlich der finanziellen Entlastung des laufenden Finanzhaushalts erinnerte Kohl an bereits beschlossene Stellenreduzierungen im Bauhof als auch im Rathaus von insgesamt 90 Prozent.

Anpassung der Bestattungsgebühren zum 01.07.2017: Beratung und Beschlussfassung

Um die Mehrkosten der erforderlichen Einrichtung einer achten Gruppe beim Kinderhaus finanzieren zu können hat die Verwaltung ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt, das neben zahlreichen Einsparungen auch Anpassungen der Bestattungsgebühren und der Hundesteuer vorsieht. Die Bestattungsgebühren wurden letztmals im September 2015 erhöht. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Gemeinderat sich bereits darauf verständigt, spätestens zum 01.01.2018 eine weitere Gebührenanpassung vorzunehmen.

Der in der Sitzung anwesende Kämmerer und Verbandsgeschäftsführer Michael Deiß führte aus, dass es sich bei der Einrichtung des Friedhofs um eine sogenannte „kostenrechnende Einrichtung“ handle und die Gemeinden rechtlich verpflichtet wären, ihre Einnahmemöglichkeiten daraus in angemessener Höhe auszuschöpfen. Bürgermeister Daniel Kohl verwies zudem auf den Haushaltserlass des Landratsamtes, wonach die Gemeinde angesichts der schwierigen Haushaltslage eindringlich angehalten wurde, ihre Einnahmemöglichkeiten voll auszuschöpfen. Der Kostendeckungsgrad im Bereich des Friedhofs liegt derzeit lediglich bei rd. 47 Prozent. Den Empfehlungen des Landratsamtes zufolge sollte ein Kostendeckungsgrad von 60 Prozent angestrebt werden. In der anschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit der Gebührenanpassungen allgemein für erforderlich angesehen und einstimmig die Bestattungsgebühren neu festgelegt.

Neufassung der Friedhofssatzung zum 01.07.2017 aufgrund redaktioneller Änderungen: Beratung und Beschlussfassung

Die bisherige Friedhofssatzung der Gemeinde stammt aus dem Jahr 2009. Aus den Reihen des Gremiums war der Wunsch geäußert worden, gewisse Regeln und Vorschriften den heutigen Erfordernissen anzupassen. In dem von der Verwaltung eingebrachten Entwurf wurde versucht, die Satzung so einfach und verständlich wie möglich zu halten. Insbesondere sollen die Gestaltungsvorschriften für die Gräber gelockert und den heutigen Wünschen und Gegebenheiten angepasst werden. Der Gemeinderat stimmte der vorgeschlagenen Satzungsneufassung einstimmig zu.

Anpassung der Hundesteuer zum 01.01.2018

Wie bereits angeführt ist die Gemeinde in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation gehalten, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen und insbesondere ihre Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Das Konzept sieht auch eine maßvolle Erhöhung der Hundesteuer vor. Seit dem 01.01.2015 beträgt die Hundesteuer für den ersten Hund 108 EUR/Jahr. Die Verwaltung hatte nun vorgeschlagen, die Hundesteuer auf 120 EUR anzuheben. Insgesamt sind derzeit 85 Hunde im Ort registriert. Kampfhunde gibt es keine. Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Änderung der Hundesteuersatzung.

Haushaltskonsolidierungskonzept zur Kompensation der Mehrkosten einer achten Gruppe im Kinderhaus

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Kinderzahlen im Kinderhaus ist es erforderlich, zu Beginn des Kindergartenjahres 2017/2018 wiederum eine Kleingruppe zu öffnen und zum 01.03.2018 zur vollwertigen Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten aufzustocken. Für die Gemeinde besteht hier kein Ermessensspielraum, da es gilt, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder über drei Jahren zu realisieren.

Das Landratsamt hat die Gemeinde aufgrund der derzeitigen schwierigen Finanzsituation aufgefordert, zum Nachweis der Finanzierbarkeit der 8. Kinderhausgruppe, ein Konsolidierungskonzept zu erarbeiten. Es gilt, für die Gruppe, Mehrausgaben in Höhe von 15.500 EUR zu finanzieren. Folgende Maßnahmen wurden vom Gemeinderat auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen:

Einsparung von Personalausgaben durch Reduzierung des Beschäftigungsverhältnisses einer Mitarbeiterin im Rathaus (jährliche Ersparnis: 5.500 EUR), Einsparung beim Bürobedarf für das Rathaus (500 EUR), Kündigung bzw. Reduzierung von Mitgliedschaften der Gemeinde (815 EUR), Anpassung der Bestattungsgebühren (7.000 EUR), Kündigung des Energiemanagements für das Gemeindehaus (1.000 EUR), Erhöhung der Hundesteuer (950 EUR).

In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Finanzlage der Gemeinde in hohem Maße durch nicht beeinflussbare Aspekte von außen, wie z. B. diverse abzuführende Umlagen und Regelungen für die Kinderbetreuung, geprägt wird. Ein Sprecher regte an, die Finanzsituation der Gemeinde im Rahmen einer Bürgerversammlung darzustellen.

Thermalquelle Bad Boll GmbH:

Beschlussfassung zur Veräußerung der kommunalen Geschäftsanteile der Gemeinde Gammelshausen an die Christophsbad GmbH & Co. Fachkrankenhaus KG

Die Gemeinde Gammelshausen ist seit vielen Jahren mit einem Anteil von 9 Prozent an der Thermalquelle Bad Boll GmbH beteiligt. Weitere Gesellschafter sind die Christophsbad GmbH und die Gemeinden Bad Boll und Dürnau. In der jüngsten Gesellschafterversammlung wurde zum Ausdruck gebracht, dass eine Neustrukturierung der Gesellschaft erfolgen soll. Die Gemeinde Bad Boll wird ihre Anteile (52 Prozent) an die Christophsbad GmbH veräußern. Die Anteile und damit der Einfluss der Gemeinde Gammelshausen liegen gegenüber der künftigen Mehrheitsbeteiligung der Christophsbad GmbH (dann 82 Prozent) in keinem Verhältnis und sollen deshalb ebenfalls veräußert werden. Wie Bürgermeister Kohl deutlich machte soll dieser Verkauf an die Bedingung geknüpft werden, dass im Falle einer späteren Veräußerung der GmbH durch den alleinigen Gesellschafter Christophsbad, die Gemeinde ein Vorkaufsrecht erhält. Der Gemeinderat stimmte unter diesen Voraussetzungen einer Veräußerung der Geschäftsanteile zu. Die Gemeinde erhält dadurch eine Ausschüttung in Höhe von rd. 19.000 EUR.

Vorberatung der Verbandsversammlung des Grundschul- und Kindergartenverbands am 30.05.2017

Ausführlich befasste sich das Gremium mit der Tagesordnung dieser Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung wird dabei insbesondere Beschlüsse über die Bedarfsplanung und Weiterentwicklung der Gruppenstruktur im Kinderhaus und die Anpassung der Elternbeiträge für das kommende Kindergartenjahr fassen. Auch wird über die Beauftragung einer Untersuchung zur Optimierung und Anpassung der Gesamtsteuerung Heizungsanlage beraten. Ebenso soll die Jahresrechnung für das Jahr 2016 festgestellt werden.

Vorberatung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands „Raum Bad Boll“ am 31.05.2017

Der Gemeinderat befasste sich ausführlich mit der Tagesordnung der Verbandsversammlung. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Fortschreibung des Flächennutzungsplans für die Raumschaft sowie die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter.

Bausachen:

Der Gemeinderat erteilte das kommunale Einvernehmen zu folgenden Bauanträgen:

- Erweiterung eines bestehenden Milchviehstalles
- Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf Flurstück 3/2, Haldenweg 1
- Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf Flurstück 3/7, Haldenweg 2

Bundestagswahl am 24.09.2017: Organisation und Durchführung

Für die anstehende Bundestagswahl galt es im Vorfeld bereits verschiedene Vorbereitungen zu treffen. Vom Gremium wurde beschlossen, wiederum nur einen Wahlbezirk zu bilden. Der Wahlraum wird im Gemeindehaus eingerichtet. Außerdem wurden der allgemeine Wahlvorstand und der Briefwahlvorstand gebildet und insbesondere mit Mitgliedern des Gemeinderats und der Gemeindeverwaltung, aber auch mit Ehrenamtlichen aus der Bürgerschaft besetzt.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Daniel Kohl informierte über **zwei wichtige Bauvorhaben der Gemeinde**, die teilweise bereits begonnen haben: Die Arbeiten zur energetischen Sanierung des Gemeindehauses starteten am 31. Mai. Demnach bleibt das Gemeindehaus voraussichtlich bis zum 7. Juli 2017 geschlossen.

Der Startschuss für die Sanierungsarbeiten im Hochbehälter mit dem Einbau der Ultrafiltrationsanlage erfolgt am 12. Juni.

Der Bürgermeister gab weiter bekannt, dass das **Rathaus am Freitag, den 16. Juni geschlossen** bleibt (Brückentag).

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf eine Anfrage aus den Reihen des Gremiums erklärte Bürgermeister Kohl, dass er nach dem Einbau der Schwellen auf der Eschenbacher Straße bislang noch keine Rückmeldungen von Anwohnern erhalten habe.

Auf Nachfrage eines Ratsmitglieds, ob die Gemeinde zum Regionalverkehrsplan eine Stellungnahme abgegeben habe, verneinte dies der Vorsitzende aufgrund keiner unmittelbaren Betroffenheit.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer

-01.06.2017-

Bericht
zur öffentlichen
Sitzung des Gemeinderats
am 20.06.2017

Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2017

Mit der Aufstellung des Nachtragsplanwerks konnte nunmehr zur Jahresmitte festgestellt werden, dass sich die Gemeindefinanzen erfreulicherweise besser entwickelt hatten als noch bei den Haushaltsplanberatungen angenommen.

Wie Bürgermeister Daniel Kohl ausführte ist dies zum einen auf die vom Gemeinderat jüngst beschlossenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (u. a. Anpassungen bei den Grabnutzungs- und Bestattungsgebühren, Einsparungen bei den Personalkosten) zurückzuführen. Zum andern profitiert die Gemeinde von der guten Konjunkturlage über erhöhte Zuweisungen. So ergibt sich ein Plus von 27.800 EUR beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Bei den Schlüsselzuweisungen sind Mehreinnahmen von 17.500 EUR zu verzeichnen. Auch die Gewerbesteuer hat sich besser als angenommen entwickelt: Die Verwaltung rechnet hier mit Einnahmen in Höhe von 130.000 EUR (bisher wurden rd. 109.000 EUR veranschlagt), dem besten Ergebnis seit dem Haushaltsjahr 2012. Im Verwaltungshaushalt, also im laufenden Betrieb, sah der Haushaltsplan eine Zuführungsrate in Höhe von 120.000 EUR vor. Diese erhöht sich durch die Finanzentwicklung auf 175.000 EUR. Dieser Betrag steht dem Vermögenshaushalt zur Verfügung.

Auch im Vermögenshaushalt zeigt sich eine positivere Entwicklung als angenommen. Geplant war eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 78.700 EUR. Durch die Änderungen der Nachtragssatzung ist keine Rücklagenentnahme erforderlich. Vielmehr können der Rücklage 110.000 EUR zugeführt werden, was zu einem Rücklagenbestand von 260.000 EUR führt. Abzüglich des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklagenbestandes ergibt sich damit ein Betrag von 200.000 EUR, der für kommende Investitionsvorhaben zur Verfügung steht.

Verbandskämmerer Michael Deiss zeigte auf, welche Aufgaben und Ausgaben auf die Gemeinde in den nächsten Jahren warten. Unter anderem sind neben der Sanierung eines Feldwegs im Bereich des Sportplatzes auch verschiedene Wasserleitungen auszutauschen. Weiter steht die Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs an sowie eventuell die Sanierung des Bauhofgebäudes. Gemeinderat und Verwaltung waren sich einig darüber, deshalb auch künftig die Ausgabenseite genauestens zu überprüfen. Durch die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 erhöhen sich die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts jeweils um 68.500 EUR auf 3.149.575 EUR. Im Vermögenshaushalt erhöhen sich die Einnahmen und Ausgaben jeweils um 169.000 EUR auf 1.264.400 EUR.

Neufassung der Feuerwehrkostenersatzsatzung: Beschlussfassung

Die bisherige Satzung der Gemeinde stammt aus dem Jahr 2013. Mit der Änderung des Feuerwehrgesetzes für Baden-Württemberg wurde auch die Regelung für den Kostenersatz für die Gemeinden neu gefasst. Dadurch ist die derzeitige Kostenersatzsatzung überholt und muss neu gefasst werden.

Bisher war der Kostenersatz von den einzelnen Kommunen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu kalkulieren. Dies hatte dazu geführt, dass die einzelnen Stundensätze für Personal- und Fahrzeugkosten von Ort zu Ort unterschiedlich ausfielen und dies den jeweiligen Kostenpflichtigen teils nur schwer vermittelbar war. Das Innenministerium hat nun in einer Verordnung einheitliche verbindliche Stundensätze für Feuerwehrfahrzeuge festgelegt, die für alle Gemeinden gelten. Für die Fahrzeuge der Feuerwehr

Gammelshausen ergeben sich so folgende Kostensätze: Tragspritzenfahrzeug TSF-W: 63 EUR (147 EUR), Löschgruppenfahrzeug LF 8/6: 120 EUR (147 EUR).

Keine einheitlichen Stundensätze gelten weiterhin bei den ehrenamtlich tätigen Einsatzkräften, also den Mitgliedern der Feuerwehr. Jedoch haben sich hier die Kalkulationsvorgaben gänzlich geändert. Für die Gemeinde Gammelshausen ergibt sich deshalb ein Stundensatz von 14,55 EUR (bisher 38,50 EUR) für jeden Feuerwehrangehörigen. Dieser Betrag wird bei einer Kostenersatzpflicht für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr in Ansatz gebracht.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die neue Satzungsregelung, bemängelte jedoch, dass die geringeren Kostensätze für das Feuerwehrpersonal von den Wehren auch als geringere Wertschätzung ihrer Tätigkeit angesehen werden könnten. Der Kämmerer entgegnete, der Gesetzgeber habe hier zum Ausdruck bringen wollen, dass für kostenpflichtige Leistungen der Feuerwehr keine Stundensätze in Ansatz gebracht werden, die Handwerkerlöhnen angeglichen würden, sondern eher den Sätzen für ehrenamtliche Tätigkeit entsprechen.

Vorbereitung einer Bürgerversammlung

Letztmals fand am 10. Juli 2014 eine Bürgerversammlung im Ort statt. Von Herrn Gemeinderat Hans Hohlbauch war angeregt worden, das Thema Bürgerversammlung im Gremium zu behandeln. Er hatte dabei verschiedene Themen vorgeschlagen, die im Rahmen der Bürgerversammlung zur Sprache kommen sollten. Bürgermeister Kohl unterstrich die Ansicht, dass es an der Zeit für eine weitere Bürgerversammlung in Gammelshausen sei. Das Gremium folgte dem Vorschlag des Bürgermeisters, einer Bürgerversammlung eine Art Tag der offenen Tür mit Besichtigungen verschiedener öffentlichen Einrichtungen (z. B. Wasserhochbehälter, Gemeindehaus, Kinderhaus, Ortsrundgang) an einem gesonderten Tag vorzuschalten. Einig war man sich ebenso, eine solche Veranstaltung erst im Januar oder Februar 2018 durchzuführen, wenn die derzeitigen Bauprojekte der Gemeinde abgeschlossen sind und dann umfassend vorgestellt werden könnten.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Der Bürgermeister informierte über eine Reihe von Baumaßnahmen, die derzeit durchgeführt werden:

Die Arbeiten für die **energetische Sanierung der Lüftungsanlage im Gemeindehaus** befinden sich im Zeitplan. Somit könne man davon ausgehen, dass die Maßnahme Anfang Juli fertiggestellt ist. Eine Überprüfung der Wasserleitungen in den Duschen im Untergeschoss ergab, dass diese ausgetauscht werden müssen. Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung nach Einholung zweier Angebote, die Arbeiten an die günstigste Bieterin zu vergeben. Die im Anschluss anfallenden Fliesenarbeiten sollen von der Fa. BHP, Bad Boll, ausgeführt werden.

Am Hochbehälter wurden bereits Vorarbeiten für den **Einbau der Ultrafiltrationsanlage** durch die Mitarbeiter des Gemeindebauhofs getätigt.

Die **Turmstation an der Ochsengasse/Schulweg** wurde am heutigen Tag durch die EnBW abgebrochen. Die Arbeiten konnten erst nach Umrüstung aller angeschlossenen Grundstücke auf Erdverkabelung durchgeführt werden. Teile der Grundstücksfläche werden künftig als Gartennutzfläche beim Neubau des Mehrfamilienhauses im Schulweg genutzt. Für dieses Gebäude wird derzeit ein **Gasanschluss von der Hauptstraße in den Schulweg** hergestellt. Die Arbeiten sollen in den nächsten Tagen fertiggestellt sein. In der nächsten Woche (KW 26) folgt der Startschuss für die **Erschließungsarbeiten im Haldenweg**.

Bürgermeister Daniel Kohl gab weiterhin bekannt, dass die Gemeinde für die **Unterbringung einer Asylbewerberfamilie** eine Wohnung im Eschenweg angemietet habe. Die Familie werde dort voraussichtlich in den nächsten Tagen einziehen.

Für die **Unterbringung weiterer Asylbewerber** im Juli wurden im gemeindeeigenen Gebäude Hauptstraße 52 von den Mitarbeitern des Bauhofs Vorarbeiten geleistet.

Im Bereich der Spielstraße im Umfeld der Schule und des Kinderhauses fand am heutigen Tag eine auf große Resonanz gestoßene Aktion des Elternbeirats zur **Verbesserung der Verkehrssicherheit** statt.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher erfragte den Sachstand seines Vorbringen in einer der jüngsten Gemeinderatssitzungen, beim Landkreis die Anschaffung einer **Motorradlärms-Displayanzeige** anzuregen, welche dann bei Bedarf an die Kreisgemeinden ausgeliehen

werden könnte. Der Vorsitzende bemerkte, dass er bislang vom Landratsamt noch keine Antwort erhalten habe.

Auf eine Anfrage aus der Mitte des Gremiums teilte der Bürgermeister mit, dass die **Kleinfeld-Fußballtore am Sportplatz** von der Gemeinde bis auf Weiteres aus Sicherheitsgründen entfernt wurden. Die Tore dürfen wegen der Unfallgefahr nicht mobil am Sportplatz verbleiben, sondern müssen ortsfest gemacht, also gegebenenfalls einbetoniert werden. Die Verwaltung versucht, unter Einbeziehung des TÜV hier schnell eine gangbare Lösung zu finden.

gez.

Uwe Göhl
Schriftführer

-22.06.2017-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 25.07.2017

Landessanierungsprogramm „Ortskern“: Zustimmung für Sanierungsantrag

In Zuge des Landessanierungsprogramms ging bei der Gemeinde für das Anwesen Fuchseckstraße 3 ein Sanierungsantrag ein. Die Eigentümer planen umfangreiche energetische Verbesserungen an den Gebäuden sowie verschiedene Instandsetzungsarbeiten mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 80.000 EUR. Entsprechend den Festsetzungen des Landesprogramms trägt die Gemeinde hiervon 30% der Kosten. Der Gemeinderat stimmte dem Sanierungsantrag zu. Somit kann in den nächsten Tagen ein Sanierungsvertrag mit den Besitzern abgeschlossen werden. Bürgermeister Daniel Kohl zeigte sich über die geplanten Sanierungsmaßnahmen sehr erfreut, da damit der Ortskern eine weitere Aufwertung erfahre. Acht Jahre nach der Aufnahme der Gemeinde ins Landessanierungsprogramm wäre somit das 13. private Sanierungsprojekt auf den Weg gebracht, stellte der Bürgermeister fest.

Anbringung eines Schutzstreifens auf der L 1217

Der Landkreis Göppingen hat sich zum Ziel gesetzt, den Radverkehr aktiv zu fördern. Die Gemeinde hatte deshalb beim Landratsamt den Wunsch nach einem Fahrradschutzstreifen auf der Ortsdurchfahrt angemeldet. Das für den Landkreis tätige Planungsbüro hatte dabei einen ca. 1,50m breiten Fahrradweg von der südlichen Ausfahrt des Kreisverkehrs bis zum Einmündungsbereich in die Fuchseckstraße vorgesehen. Der Gemeinderat hatte sich mit dieser Planung bereits in seiner Sitzung im April befasst. Dabei konnte das Gremium einen Schutzstreifen grundsätzlich befürworten, beauftragte jedoch die Verwaltung, zu versuchen, eine Verlängerung des Fahrradwegs bis zur Einmündung in die Friedhofstraße zu erreichen. Auch sollte überprüft werden, ob ein Ausgleich für die auf der westlichen Seite der Fahrbahn wegfallenden Parkmöglichkeiten - der Schutzstreifen darf nicht überparkt werden - an anderer Stelle, also auf dem östlichen Straßenrand, möglich wäre. Bürgermeister Kohl gab bekannt, dass seitens des Regierungspräsidiums Stuttgart als zuständigem Straßenbaulastträger, die Zustimmung zur Verlängerung des Fahrradschutzstreifens bis zur Friedhofstraße signalisiert wurde. Derzeit besteht die theoretische Möglichkeit, 14 bis 16 Fahrzeuge, je nach Größe, auf dem gesamten westlichen Fahrbahnbereich der Hauptstraße, überwiegend zwischen dem Kreisverkehr und der Einmündung in der Breite, zu parken. Künftig könnten auf dem östlichen Bereich der Fahrbahn 12 bis 14 Fahrzeuge abgestellt werden.

Der Gemeinderat sprach sich einmütig dafür aus, auf der Ortsdurchfahrt einen Schutzstreifen auszuweisen und entsprechend markieren zu lassen. Der Vorsitzende hielt fest, dass zum einen die Vorteile für die Sicherheit des Fahrradverkehrs auf der vielbefahrenen Ortsdurchfahrt gesehen werden sowie für die Gemeinde die Chance besteht, durch den Fahrradweg und die dadurch erfolgte Fahrbahnverengung (der Schutzstreifen darf grundsätzlich nicht überfahren werden) einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung auf der Hauptstraße zu erhalten, der für die Gemeinde mit keinen Kosten verbunden wäre. Auch für den steigenden Radtourismus durch den Ort wäre diese Maßnahme von Vorteil. Wie der Bürgermeister ausführte kann das Projekt voraussichtlich im Frühjahr 2018 zur Ausführung gelangen.

Die Kosten für diese Maßnahme werden vom Land Baden-Württemberg als Straßenbaulastträger übernommen.

Zentralisierung von Bau- und Wertstoffhof mit Sanierung und Neubau: Beauftragung von Planungsleistungen

Seit vielen Jahren befassen sich Gemeinderat und Verwaltung mit der Zukunft des örtlichen Bauhofs. Der Wunsch, hier Verbesserungen zu erzielen, wurde vom Gremium nicht zuletzt durch die Aufnahme des Bauhof-Areals in das örtliche Landessanierungsprogramm „Ortskern“ im Jahr 2008/2009 dokumentiert. Der Bauhof bedarf einer dringenden Sanierung und sollte aus Kapazitätsgründen erweitert werden. Auch ist geplant, den Wertstoffhof der Gemeinde diesem Standort zuzuführen. Bürgermeister Daniel Kohl erinnerte an die Bemühungen der Gemeinde, mögliche interkommunale Lösungen mit anderen Gemeinden zu realisieren, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zustande gekommen waren. Seitens der Verwaltung und des Gemeinderats werde deshalb das Projekt zur Stärkung des eigenen Standorts favorisiert.

In den ersten Überlegungen zum Bedarf der Gemeinde wurden sowohl notwendige Investitionen in das Bestandsgebäude als auch der Bau einer zweiten Halle thematisiert. Der Vorsitzende erklärte, für den Erhalt und die Optimierung des bestehenden Bauhofgebäudes könne die Gemeinde mit Landeszuschüssen rechnen. So erhalte man z. B. für eine Sanierung Zuschüsse von bis zu 60%.

Nachdem der Gemeinderat der Verwaltung im Juni grünes Licht für die Einholung von Honorarangeboten für die Planung gegeben hatte, konnte Bürgermeister Kohl nunmehr einen Honorarvorschlag des Büros Autenrieth und Jargon, Eislingen, vorlegen. Dabei war man von einer Investitionssumme von rd. 200.000 EUR ausgegangen. Der Gemeinderat hatte sich nunmehr dafür ausgesprochen, das Architekturbüro mit ersten Vorplanungen zu einer Bauvariante, die die Planung und Betreuung der Sanierung des vorhandenen Bauhofs beinhaltet, zu beauftragen. Das Honorar läge dann bei rd. 17.500 EUR. Für den Neubau einer möglichen zusätzlichen Halle in Fertigbauweise beim vorhandenen Bauhofgebäude würden entsprechende Planungsleistungen beim Hersteller in Anspruch genommen.

Bausachen: Bauantrag auf Errichtung einer Dachgaube auf Flurstück 482, Eschenbacher Straße 11

Der Gemeinderat erteilte zum Vorhaben das kommunale Einvernehmen und stimmte dem Bauantrag zu.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Die **energetische Sanierung des Gemeindehauses** ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Seit dem 17.07. finden wieder regulär die Übungsabende der Vereine statt. Die Verwaltung geht derzeit davon aus, dass der vorgegebene Kostenrahmen nicht überschritten wurde. Derzeit finden die rechnerischen Überprüfungen durch das Architekturbüro statt. Nach der Sommerpause wird dem Gemeinderat das Ergebnis vorgelegt werden.

In den nächsten Tagen soll der **Kran auf dem Schulweg abgebaut** werden. Wie Bürgermeister Kohl bekannt gab habe ihm dies das Architekturbüro versichert.

Sein Einvernehmen erteilte der Gemeinderat zum Vorschlag der Verwaltung, an drei Standorten auf der Gemarkung einen aktualisierten **Ortsplan** aufzustellen. Standorte wären: Hauptstraße Bushaltestelle „Lamm“, Dorfplatz beim Rathaus, Bushaltestelle „Schmiede“.

Erfreuliches konnte der Bürgermeister zum Stand der Vorbereitungen des **„Gammelshäuser Almbetriebs“ am 22. Oktober** mitteilen: Nahezu alle Arbeitsdienste konnten zwischenzeitlich besetzt werden. Trotzdem sind weitere HelferInnen willkommen. Nach den Sommerferien wird die Veranstaltung intensiv beworben. Am Umzug werden u. a. die 35-köpfige Musikkapelle aus der Schweizer Partnergemeinde Brigels, der dortige Gemeindevorstand und 40 Mitglieder der Feuerwehr aus der Gemeinde Gräfensteinberg, mit welcher unsere Feuerwehr eine Freundschaft verbindet, teilnehmen.

Anschließend informierte der Bürgermeister über die Anregung der Bauhofmitarbeiter aus Gammelshausen und Dürnau, ein **Arbeitsgerät zur Beseitigung von Wildkräutern (Unkrautbürste)** für die beiden Schmalspurschlepper gemeinsam zu erwerben. Aufgrund der aktuellen Gesetzeslage können keine chemischen Mittel für diese Arbeiten verwendet werden. Ein erstes Angebot für die Anschaffung einer Wildkrautbürste beläuft sich auf 7.650 EUR. In einem ersten Meinungsaustausch mit den Bauhofmitarbeitern der Nachbargemeinde sei die Möglichkeit einer gemeinsamen Beschaffung des Arbeitsgeräts angesprochen und befürwortet worden. Nachdem es sich beim Erwerb des Geräts um eine relativ hohe Investition handelt sprach sich das Gremium dafür aus, zunächst verschiedene offene Fragen wie z. B. Zuständigkeiten für Pflege und Reinigung und Lagerung des Geräts abzuklären. Auch sollte überprüft werden, ob es sinnvoll wäre,

aufgrund überschaubarer Einsatzzahlen ein solches Arbeitsgerät gemeinsam für alle Gemeinden des GVV "Raum Bad Boll" anzuschaffen. Hierbei sah Bürgermeister Kohl jedoch Schwierigkeiten bei der Koordination. Nach der Sommerpause soll hierüber erneut beraten werden.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher regte an, am Wanderparkplatz beim Galgenbuckel eine neue **Hinweistafel mit den Wanderwegen** anbringen zu lassen, da die bisherige stark beeinträchtigt ist. Eine andere Anfrage galt dem **Stand der Sanierungsarbeiten im Wasserhochbehälter**. Bürgermeister Kohl erklärte, man befinde sich mit den Arbeiten im Zeitplan. Zuletzt galt es für die Mitarbeiter des Bauhofs schwere Herausforderungen zu bewältigen, was das Entfernen großer Betonfundamente betrifft. Wenn alles planmäßig verläuft werden die umfangreichen Sanierungen voraussichtlich im Spätherbst fertiggestellt sein.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer

-27.07.2017-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 26.09.2017

Bausachen

Ausführlich befasste sich der Gemeinderat mit einer **Bauvoranfrage** des Eigentümers des **Flurstücks 20, Gartenstraße 14**. Dieser beabsichtigt, dort ein **Einfamilienhaus mit einem Carport für zwei Fahrzeuge** zu erstellen. Für das dortige Gebiet existiert kein Bebauungsplan. Deshalb muss sich das Bauvorhaben in die Umgebungsbebauung einfügen. Vom Gemeinderat wurde das Einvernehmen zur geplanten Bebauung unter der Voraussetzung signalisiert, dass die Erschließung im vollen Umfang von der Bauherrschaft übernommen wird. Nachdem im Bereich der Gartenstraße stets Stellplatzbedarf besteht wurde vom Gremium angeregt, der Bauherr möge doch überprüfen ob er auf seinem Grundstück noch weitere Stellplätze ausweisen könne.

Zum **Bauantrag über den Einbau von Dachgauben auf Flurstück 285/9, Rechbergstraße 12**, erteilte der Gemeinderat sein Einvernehmen und stimmte hinsichtlich der Länge der geplanten Dachgauben einer Befreiung von den entsprechenden Festsetzungen des Bebauungsplans „Breite“ zu.

Eine weitere **Bauvoranfrage** betraf den Bereich der **Flurstücke 589/4 und 589/5, Dürnauer Straße 2**. Westlich des vorhandenen Wohnhauses ist geplant ein weiteres Einfamilienhaus mit einer Doppelgarage zu erstellen. Der Gemeinderat stimmte einem solchen Vorhaben ausdrücklich zu. Wichtig sei jedoch, dass die Zu- und Abfahrtsregelung sowohl für die dortigen Wohngebäude als auch die Zu- und Abfahrt aus und in die Kreisstraße gewährt bleibe. Nachdem die Gemeinde dort nördlich der Dürnauer Straße mit der Ausweisung eines Mischgebiets liebäugelt sah das Gremium durch das Bauvorhaben eine wünschenswerte Stärkung des dortigen Siedlungsbereichs. Dies könne sich für das weitere Verfahren zur Ausweisung eines Mischgebiets als durchaus hilfreich herausstellen, machte Bürgermeister Daniel Kohl deutlich.

Zugestimmt hat das Gremium dem **Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage und Carport auf Flst.151/1, Hauptstraße 55**. Nachdem auch für diesen Bereich kein Bebauungsplan vorliegt muss sich das Gebäude an der dortigen Umgebungsbebauung orientieren und entsprechend einfügen.

Ausbau Schulweg

Der Schulweg steht aufgrund des schadhaften Zustands der dort verlaufenden Wasser- und Abwasserleitungen sowie der Deckschicht seit Jahren auf der Liste der zu sanierenden bzw. auszubauenden Straßen im Ort. Von den beantragten Förderanträgen liegt bereits eine Zusage für Landesmittel in Höhe von 51.700 EUR für die Kanalsanierung (bei geschätzten Gesamtkosten von 107.400 EUR) vor. Nachdem der Förderantrag der Gemeinde im vergangenen Jahr für die Sanierung der Wasserleitung keine Berücksichtigung fand wurde für das Jahr 2018 ein erneuter Antrag gestellt. Die Gemeinde hofft hier auf Fördermittel in Höhe von 49.000 EUR bei voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von rd. 107.200 EUR. Der Schulweg wurde bisher noch nicht endgültig hergestellt, so dass mit dieser erstmaligen Herstellung gemäß der örtlichen Erschließungsbeitragssatzung die Beitragspflicht für die Anwohner entsteht. Die Verwaltung hat die Anlieger bereits informiert und entsprechende Ablösungsverein-

barungen vorgestellt. Der Ausbau des Schulwegs soll vom Einmündungsbereich Hauptstraße bis auf Höhe der „Ochsengasse“ erfolgen. Die Fahrbahnbreite wird sich über 5,15m erstrecken, hinzu kommt ein 1,50m breiter Gehweg auf der Nordseite. Einstimmig wurde der Ausführungsplan für den Schulweg und das entsprechende Bauprogramm vom Gemeinderat beschlossen. Auf Wunsch des Gemeinderats soll überprüft werden ob beim Einmündungsbereich Hauptstraße eine Fußgängerquerungshilfe (Überweg) im Schulweg ausgewiesen werden kann. Wie Bürgermeister Kohl ausführte rechnet man mit einer Bauzeit von zwei Monaten. Es wird versucht, einen Großteil der Bauphase in Ferienzeiten zu legen, bestenfalls könnten die Arbeiten dann von Ende März 2018 (Beginn Osterferien) bis Ende Mai 2018 (Ende Pfingstferien) dauern.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Kohl blickte kurz auf die **Bundestagswahl im Wahlbezirk Gammelshausen** zurück. Bei 1.097 Wahlberechtigten nahmen 908 WählerInnen an der Bundestagswahl teil, was einer Wahlbeteiligung von 82,8 % entspricht. Der Bürgermeister bedankte sich bei allen Wählern für das herausragende politische Interesse. Ein besonderer Dank galt auch allen Wahlhelfern.

Die Gemeinde hat in den vergangenen Wochen **verschiedene Förderanträge** gestellt: Antrag auf Gewährung von Zuwendungen für die Sanierung der Wasserleitung des Schulwegs. Bei voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 107.275 EUR hofft die Gemeinde auf einen Landeszuschuss in Höhe von 49.000 EUR. Für die Kanalsanierung der Kirchstraße mit geschätzten Kosten von 118.135 EUR erhofft sich die Gemeinde Fördermittel von 54.000 EUR. Erneut wurde ein Zuschussantrag für die Sanierung der Wasserleitung zu den Aussiedlerhöfen gestellt. Bei geschätzten Kosten von 68.824 EUR erhofft sich die Gemeinde Zuwendungen in Höhe von 31.000 EUR.

Im Spiegelsaal des Gemeindehauses muss die **Lüftungsanlage** ausgetauscht werden. Die Umbaumaßnahmen sind sehr umfangreich und schlagen deshalb auch mit Kosten in Höhe von netto rd. 9.200 € zu Buche. Nachdem sich bei den jüngst getätigten Sanierungsmaßnahmen im Gemeindehaus abzeichnet, dass die veranschlagten Kosten um rd. 40.000 EUR unterschritten werden fiel es dem Gremium leichter, sich für eine Auftragsvergabe an die Fa. Grün & Popp, Plüderhausen, auszusprechen. Diese Fachfirma hat auch die jetzigen Sanierungsmaßnahmen zur hohen Zufriedenheit der Gemeinde ausgeführt.

Die an drei Standorten im Ortsgebiet neu aufgehängten **Ortspläne** werden zur besseren Lesbarkeit nochmals überarbeitet.

Die Gemeinden Gammelshausen und Dürnau werden gemeinsam für die beiden Bauhöfe eine **Wildkrautbürste** der Fa. Adler zum Angebotspreis von 6.200 EUR netto beschaffen. Das Arbeitsgerät kann auf die Schlepper aufmontiert werden und ist für den Einsatz auf den Straßen und Wegen dringend notwendig, nachdem die chemische Behandlung von Unkraut verboten wurde. Der Gemeinderat begrüßte diese gemeinsame Beschaffungsaktion der beiden Gemeinden und brachte zum Ausdruck, dass solche interkommunalen Investitionen auch künftig mögliche Alternativen sein können.

Die Vorbereitungen für den **Almabtrieb** schreiten weiter voran. Der Bürgermeister konnte bekanntgeben, dass sich mittlerweile 160 Personen für die Mithilfe gemeldet hätten. Auch hätte bereits eine Reihe von Sponsoren eine Unterstützung des Almabtriebs zugesagt. Einstimmig befürworteten die Räte nun den Vorschlag ihres Ratskollegen Andreas Bunth, den Almabtrieb auch auf Facebook zu bewerben. Für die Gemeinde ist dies mit keinerlei Aufwand verbunden, da Gemeinderat A. Bunth sich für die Gestaltung und Seitenpflege verantwortlich zeigen wird.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher bemerkte, er habe festgestellt, dass die über die Gemarkung ausgewiesenen verschiedenen Wanderwege jeweils separat beschildert wurden, was an einzelnen Stellen zu einem richtigen „Schilderwald“ führt. Hier gelte es, Verbesserungen herbeizuführen.

Auf eine Anfrage aus der Mitte des Gremiums erläuterte BM Kohl die im Zusammenhang mit dem Thema N! Region (Nachhaltigkeitsregion) durchgeführte Fragenbogenaktion an alle Haushalte in den Gemeinde des Gemeindeverwaltungsverbands Raum Bad Boll, mit welcher auf anonymisierte Art und Weise bei der Einwohnerschaft wichtige Ziele für das Gemeinwohl angefragt werden.

Eine andere Anfrage galt dem Thema „schnelles Internet in Gammelshausen“. Bürgermeister Daniel Kohl erklärte hierzu, dass die Gemeinde bei allen Tiefbaumaßnahmen durch die Verlegung von Leerrohren die Verbreitung eines verbesserten Internet-Netzes unterstützt. In welchem Umfang und in welchen Zeitmaßstäben der Netzausbau erfolge sei jedoch abhängig von den Planungen der Telekom. Für andere Alternativen sei die Gemeinde offen.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer

-28.09.2017-

Bericht

zur öffentlichen
Sitzung des Gemeinderats
am 24.10.2017

Neben dem Gremium konnte der Vorsitzende sechs Zuhörer und ein Pressevertreter der NWZ Göppingen zur Sitzung begrüßen. Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung gratulierte Bürgermeister Kohl im Namen des gesamten Gremiums Gemeinderätin Ines Landgraf und ihrem Ehemann Kevin herzlich zu deren Hochzeit am 15. September 2017 und überreichte ihr eine eigens für das Paar bearbeitete große Bildaufnahme der Gemeinde Gammelshausen.

Frageviertelstunde von Einwohnern

Ein Anlieger der Rechbergstraße sprach im Namen einiger Nachbarn die jüngst angebrachte Beschilderung auf der Ostseite der Rechbergstraße an, die den Fußweg in der Verlängerung der Wasserbergstraße kennzeichnet. Die Tatsache, dass mit jener Beschilderung der Fußweg nicht mehr befahren werden darf, stellt nach Aussage des Sprechers die Anlieger vor größere Probleme. Da ein Wenden aufgrund der Straßenbreite nur in mehrmaligen Zügen möglich wäre und das Rückwärtsfahren zusätzlich Gefahrenpotenzial schaffe, wäre man über eine Alternative für die Anlieger sehr dankbar, beispielsweise in Form einer "Anlieger frei"-Regelung. Bürgermeister Daniel Kohl erläuterte, dass im Zuge einer Verkehrsschau vom Landkreis die teilweise fehlende Fußgänger-Beschilderung an den vier Straßen (Stuifen-, Rechberg-, Hohenstaufen- und Weingartenstraße) bemängelt wurde. Die Verwaltung ist nun der Straßenverkehrsrechtlichen Anordnung nachgekommen und hat mittels Verkehrszeichen eine sichtbare Kennzeichnung des Fußwegs vorgenommen. Laut Bürgermeister sei zwar auf allen Straßenplänen im östlichen Bereich eine Wendemöglichkeit vorgesehen, zur Ausführung kam diese aus ihm bislang unerklärlichen Gründen nicht. Er werde dies prüfen und zudem eruieren, ob für die Anlieger eine Durchfahrt in Schrittgeschwindigkeit dem Grunde nach rechtlich möglich wäre, wenngleich dies für ihn eine nicht konsequente Lösung darstellen würde; schließlich sei ein Fußweg für den sonstigen Verkehr rechtlich nicht zugelassen.

**Zentralisierung von Bau- und Wertstoffhof mit Sanierung und Neubau:
Vorstellung der Planentwürfe**

Seit Jahren befassen sich Verwaltung und Gemeinderat mit dem Bauhofstandort in der Kornbergstraße. Dieser stellt eine nur notdürftige Ausstattung dar, da u. a. keine Heizung vorhanden ist sowie große Kapazitätsnot herrscht, was Lagermöglichkeiten betrifft. An mehreren Standorten verteilt stehen diverse Utensilien, was für den Bauhof teils unwirtschaftliche Arbeitsabläufe bedeutet. Wie Bürgermeister Kohl in der Sitzung erläuterte hat bereits vor sechs Jahren vorbereitend ein Flächentausch stattgefunden, um sich für eine Erweiterung flächenmäßig Optionen zu schaffen. Der Wertstoffhof befindet sich derzeit auf dem ALDI-Parkplatz, nachdem das einstige Gelände im Haldenweg zwischenzeitlich zu Bauland für zwei Wohnbauplätze erschlossen wurde. Dieser provisorische Standort soll kurz- bis mittelfristig an den Bauhof gekoppelt werden. In der Juli-Sitzung beauftragte der Gemeinderat das Büro Autenrieth & Jargon, Eislingen, mit der Planung zweier Varianten für die anstehende Zentralisierung. Architekt Jens Jargon stellte die Planentwürfe vor und auch die baulichen Notwendigkeiten, die in enger Abstimmung mit der Verwaltung und dem Bauhof besprochen wurden. Beide Entwürfe sahen die Sanierung des Bestandsgebäudes im Bereich des asbesthaltigen Daches vor. Der heutige Bauhof soll künftig ausschließlich als Werkstatt und Aufenthaltsraum für die Mitarbeiter dienen, während im Westen eine Fahrzeug- und Lagerhalle in Holzfertig-

bauweise mit 10x18m errichtet werden soll. Das neue einzuzäunende Bauhofgelände würde zudem drei Fahrzeugstellplätze für die Mitarbeiter beinhalten sowie eine gut anzufahrende Fläche für den "neuen" Wertstoffhof mit ausreichend Platz für die entsprechenden Container. Bürgermeister Kohl stellte die vom Architekturbüro vorgesehene großzügig angelegte Fahrspur in Frage, die seiner Ansicht nach in der Praxis so eher nicht gefahren werde. Im Hinblick auf die Belange der Naturschutzbehörde solle man aus Sicht des Vorsitzenden versuchen, mit dem Neubau so weit als möglich nach Osten zu rücken. Der Gemeinderat folgte diesem Gedanken auch hinsichtlich der teils enormen Böschungssituation in diesem Bereich. Variante II, die im Gegensatz zur Variante I den Neubau im Süden vorsieht, erhielt aus diesen Gründen keine Zustimmung aus dem Gremium. Bürgermeister Daniel Kohl erläuterte die Kostensituation dieses Projektes, wonach die Sanierung im Bestand derzeit bei netto 44.300 EUR liege und die Grobkostenschätzung für den Neubau samt Erweiterung des Geländes 251.500 EUR netto betrüge. Für den Neubau sei ein Förderantrag aus dem Ausgleichstock zu stellen (Fördervolumen ca. 60%), für die Sanierung greife das Landessanierungsprogramm "Ortskern" (ca. 36% Förderung), welches Ende 2019 nach einer Verlängerung ausläuft. Neben dem auszutauschenden Dach seien für eine "umfassende Sanierung" auch noch andere Gewerke anzugehen, wie beispielsweise Fensteraustausche oder eine Sanierung der Sanitäranlagen; nur so sei nach Aussage des Vorsitzenden eine Landesförderung realistisch. Der Gemeinderat fasste nach kurzer Diskussion den Grundsatzbeschluss, dass die Verwaltung auf Basis der heute vorgestellten Planungsvariante I (siehe Abbildung) die aus der Diskussion angeregten Anpassungen vornehmen kann und die Gespräche führt mit dem Regierungspräsidium Stuttgart bezüglich Förderfähigkeit sowie mit dem Landratsamt Göppingen hinsichtlich der baurechtlichen Voraussetzungen für eine Genehmigungsfähigkeit. Ein Sprecher bedauerte daraufhin, dass es nicht gelungen sei, eine gemeinsame Standortlösung mit der Nachbargemeinde Dürnau zu entwickeln. Bürgermeister Daniel Kohl bemerkte hierzu, dass die individuellen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben waren, schöpfte aber Hoffnung dahingehend, dass mit dem jüngst gefassten Beschluss zur gemeinsamen Anschaffung eines Bauhofgerätes neben der gut funktionierenden Zusammenarbeit unter den Mitarbeitern beider Gemeinden ein erster Schritt in Sachen interkommunale Beschaffungen gegangen worden sei.

Erschließung und Ausbau Kirchstraße: Vorstellung Ausbauplanung

Das Büro mquadrat aus Bad Boll erhielt seinerzeit den Planungsauftrag zum Ausbau und der Erschließung der südlichen Erweiterung der Kirchstraße. Dieser Straßenabschnitt soll im nächsten Jahr bis zu den beiden neuen Wohnbauplätzen ausgebaut und erschlossen werden. Planer Manfred Mezger erläuterte gleich zu Beginn, dass die Kosten für den doch relativ kurzen Sanierungsbereich, bedingt durch die örtliche Situation, leider nicht unerheblich sind. So umfasse die Erschließung neben der Straßensanierung auch eine Kanalauswechslung und -verlängerung, die Herstellung und Erneuerung der Hausanschlüsse, die Ableitung der Dachflächen in den Heubach sowie eine Verlängerung der bestehenden Wasserleitung. In Kosten ausgedrückt bedeute dies ein monetärer Aufwand in Höhe von ca. 194.000 EUR brutto. Allein der Straßenbau liege bei ca. 89.000 EUR, der Kanalbau bei rd. 84.000 EUR und die Kosten für die Wasserleitung bei etwa 21.000 EUR (jeweils inklusive Planungskosten). Bereits im Vorfeld habe man in enger Abstimmung mit der Verwaltung die Planung nochmals "abgespeckt". Zwar wäre auf die Frage des Bürgermeisters, welche letzte Einsparoption noch vorhanden wäre, möglich, den Kanal in seinem jetzigen Zustand zu belassen, technisch befände man sich dann aber auf einem Rückschritt, weil man nicht wisse, wann es dort zu einer Sanierung komme. Der Gemeinderat war sich in der Frage des Standards einig, dass ein Ausbau nur als Komplettlösung in Frage kommt. Eine Sprecherin erkundigte sich nach dem Grund für die hohe Differenz gegenüber den einst genannten Kosten für den Ausbau von seinerzeit rund 85.000 EUR. Der Bürgermeister erläuterte, dass diese Kosten damals auf einer ganz groben Erstschätzung ohne Detailplanung beruhen. Zum damaligen Zeitpunkt war auch noch ungewiss, wie eine mögliche Streckenführung verlaufen könnte im Hinblick auf ein damals zur Versteigerung ausgeschriebenes großes Wohngebäude. Mit dem neuen Eigentümer steht die Verwaltung bereits in Verhandlungen auf einen Teilgrunderwerb, um die Straße ein Stück weit zu vergrößern; dies ist notwendig, um den Kurvenradius gemäß der vom Büro mquadrat berechneten Schleppkurve zu gewährleisten. Auf Grundlage der heute präsentierten Ausbauplanung beauftragte der Gemeinderat mit einer Enthaltung die Verwaltung, die Zuschussfähigkeit auszuloten und parallel eine öffentliche Ausschreibung vorzubereiten.

Bauantrag Eschenbacher Straße 5

Der Gemeinderat erteilte dem Bauantrag auf Umbau und Aufstockung eines Wohnhauses einstimmig das kommunale Einvernehmen. Wie der Vorsitzende erläuterte handelt es sich um ein sehr kleines und derzeit unbewohntes Gebäude, das im Rahmen der vorgegebenen genehmigten Baulinie aus dem Jahr 1956 vergrößert und aufgestockt werden soll. Dass die Umgebungsbebauung ein solches Vorhaben hergibt zeigt gerade der nördliche Gemeindeteil, in dem weitere Gebäude eine ähnliche und optisch sehr ansprechende Aufstockung erfahren haben. Der Gemeinderat folgte nach kurzer Diskussion dem Vorschlag der Verwaltung und stimmte dem Vorhaben zu.

Vorberatung der Verbandsversammlung des Grundschul- und Kindergartenverbands am 14. November

Der Vorsitzende erläuterte die öffentlichen Tagesordnungspunkte für die nächste Verbandsversammlung, die im Gemeindehaus in Gammelshausen stattfindet. Neben Berichten der Schulleiterin Frau Bär und der Leiterin des Kinderhauses, Frau Maier, soll der Verbandshaushalt 2018 eingebracht und beschlossen werden. Größter Posten im Verwaltungshaushalt stellt darin die geplante Anschaffung von neuen Tischen und Stühlen für die Grundschule in Höhe von rund 30.000 EUR dar; die Möbel sind zwischenzeitlich in die Jahre gekommen und bereits seit dem Jahr 2014 auf der Wunschliste der Grundschule zu finden. Weiter folgt ein Bericht über den Abschluss der überörtlichen Prüfung der Jahresrechnungen 2012 bis 2015 des Verbands. Weiter soll zurückgeblickt werden auf das diesjährige Schülerferienprogramm, das wieder als sehr erfolgreich bezeichnet werden kann.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Daniel Kohl blickte auf den **"8. Gammelshäuser Almabtrieb"** am 22. Oktober zurück, der mit 5.000 bis 6.000 Gästen einen Rekordbesuch verzeichnen konnte. Neben dem Landkreis Göppingen seien die Besucher u. a. aus dem gesamten Großraum Stuttgart und Ludwigsburg, aus Ulm, Günzburg und sogar aus dem hessischen Dreieck und Frankfurt in unseren Ort gereist. Allein 750 Personen nahmen am Gewinnspiel "Bulle Marc" teil. Ein toller Umzug, ein vielseitiges Programm und glücklicherweise keine Unfälle seien das Resümee, das alle Verantwortlichen mit Freude ziehen könnten. Der Vorsitzende dankte allen Helferinnen und Helfern, den teilnehmenden Vereinen und einer großen Dorfgemeinschaft sowie nicht zuletzt Petrus für das Gelingen dieser Großveranstaltung. Ein Ratsmitglied nahm dies zum Anlass, dem Bürgermeister für seinen persönlichen unermüdlichen Einsatz Dank auszusprechen.

Nachdem in den letzten Wochen verstärkt Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das **E-Bürgerauto LORENZ** auf den Vorsitzenden zuzugingen, nahm dieser es zum Anlass, eine Umfrage beim vergangenen Seniorenmittag zu starten. Ein Sprecher erkundigte sich nun nach dem Ergebnis. Nachdem die Gammelshäuser Bürgerschaft u. a. ihre Arztbesuche und größeren Einkaufserledigungen in der Nachbargemeinde Heiningen tätigen, LORENZ aber gemäß Vereinbarung das Verbandsgebiet nicht verlassen darf, bezweifeln viele potenzielle NutzerInnen des Fahrzeugs die Sinnhaftigkeit speziell für die Einwohner Gammelshausens. Im Gegensatz zu Bad Boll oder den westlichen Verbandsgemeinden konzentriert man sich in Gammelshausen und auch Dürnau noch eher in den Heinger Bereich. Die Umfrage ergab, dass 20 Personen aus Gammelshausen LORENZ bereits genutzt haben und 33 weitere Personen ihn gerne nutzen würden, wenn eine Öffnung nach Heiningen erfolgen würde - hiervon haben 21 Personen beispielsweise ihre Haus- und Fachärzte in Heiningen. Ein Sprecher merkte an, dass diese Thematik bei der nächsten Verbandsversammlung nochmals angesprochen werden sollte, nachdem im Verwaltungsrat eine Öffnung nach Heiningen aufgrund der Vereinbarung und Gleichbehandlung aller Verbandsgemeinden bislang abgelehnt wurde.

Enttäuscht zeigte sich ein Sprecher von der Ausgestaltung und Formulierung der Fragen des Nachhaltigkeits-Fragebogens zur **"NIRegion"** der Raumschaft Bad Boll. Mit "hochtrabenden" Worten und einer "teils komplizierten, unverständlichen Fragestellung, die von Fremdwörtern strotzt" gelinge es seiner Meinung nach nicht, die Bürgerschaft mitzunehmen und zur Ausfüllung des Fragebogens zu motivieren. Bürgermeister Kohl hingegen erläuterte, dass gerade eine verständliche Sprache dem Verwaltungsrat beim Fragebogen stets ein großes Anliegen war. Er selbst habe bislang keine derartige Kritik vernommen, werde dies dem zuständigen Büro aber gerne weitergeben.

gez.
Daniel Kohl
Bürgermeister und Schriftführer

-26.10.2017-

Bericht
zur öffentlichen
Sitzung des Gemeinderats
am 21.11.2017

Blutspenderehrung

Bürgermeister Daniel Kohl nahm die Ehrung von verdienten Blutspender/innen aus Gammelshausen vor. Von insgesamt fünf Auszuzeichnenden konnte jedoch nur eine Person anwesend sein und so erhielt an diesem Abend **Frau Juliane Mürter für zehn geleistete Blutspenden** eine Urkunde des Deutschen Roten Kreuzes samt der Blutspenderehrennadel in Gold sowie einen guten Tropfen, sozusagen als Ersatz für das gespendete Blut. Weitere zu Ehrende für **10-maliges Blutspenden** sind in diesem Jahr auch **Frau Brigitte Reichle** sowie die **Herren Thomas Krummrein und Björn Mangold**. Für **50 freiwillige Blutspenden** erhält **Frau Cornelia Steinicke** das Ehrenzeichen in Gold mit goldenem Eichenkranz. Dass es an Bedürftigen auch weiterhin leider nicht mangelt führte der Bürgermeister kurz aus. So werden wöchentlich in Baden-Württemberg und Hessen Blutsbestandteil-Präparate von ca. 15.000 Blutspenden des DRK angefordert. Um diese bereitstellen zu können veranstaltet das DRK täglich Blutspendeaktionen, jährlich rund 4.500. Der DRK-Blutspendedienst stellt 80% des gesamten Blutbedarfs für 300 Krankenhäuser und 69 Depots in diesen beiden Bundesländern zur Verfügung. Statistisch gesehen wird das meiste Blut inzwischen zur Behandlung von Krebspatienten benötigt, gefolgt von Herzerkrankungen, Erkrankungen von Magen und Darm, für Verletzungen aus Sport- und Verkehrsunfällen, Leber- und Nierenkrankheiten, Blutarmut und Blutkrankheiten oder Komplikationen bei Geburten. Mit einem Beifall dankte der Gemeinderat den genannten Bürgerinnen und Bürgern, die stellvertretend auch für all die vielen anderen Blutspendern stehen. Denn sie alle helfen damit tatkräftig mit, wenn es heißt: Leben retten!

Forstwirtschaftsplan 2018 für den Gemeindewald: Beschlussfassung

Auch im kommenden Forstwirtschaftsjahr kann die Gemeinde mit einem Ertrag aus dem geplanten Holzeinschlag rechnen. Wie Revierförster Martin Gerspacher ausführte werden sich die Einnahmen aus dem Holzverkauf bei planmäßigem Verlauf auf 24.483 EUR belaufen. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 17.154 EUR gegenüber, so dass der Haushaltsplan für den Gemeindewald einen Überschuss von 7.329 EUR ausweist. Der Holzeinschlag liegt dabei bei insgesamt 350 EFm, überwiegend im Bereich des Waldgebiets „Mittlerer Säuhau“.

Gerspacher machte deutlich, dass der vorgesehene Holzeinschlag sich innerhalb dessen bewege, was die vom Gemeinderat im Jahr 2006 beschlossene sogenannte Forsteinrichtung zulasse. Das gesamte eingeschlagene Holz des vergangenen Forstwirtschaftsjahres sei zwischenzeitlich veräußert worden. Im Gemeindewald sei zwar ein Borkenkäferbefall festgestellt worden, jedoch habe man die Situation im Griff und es gelte, das befallene Holz aus dem Wald zu entfernen. Sorgen bereite auch das Eschentriebsterben, das zwischenzeitlich vermehrt im Wald festgestellt werde. Als Besonderheit war im Forstwirtschaftsjahr 2017 festzustellen, dass aufgrund der Witterungsverhältnisse erstmals frischgepflanzte Bäume von den Forstbediensteten gewässert werden mussten. Der Förster informierte nochmals darüber, dass zum 1. September 2019 eine umfassende Strukturreform im Forstwesen anstehe, was Auswirkungen auf die künftigen Aufgaben, insbesondere die Holzvermarktung, bedeute.

Bereits im kommenden Jahr soll landesweit ein Konzept zur Bodenschutzkalkung in den Wäldern angegangen werden. Ziel dieser Maßnahme ist die weitgehende Wiederherstellung der Bodenfunktionen im Wald. Gerspacher erklärte, hierzu sei es wichtig, zunächst Bodenuntersuchungen durchführen zu lassen, um Aufschluss über die

Bodenbeschaffenheit zu erhalten. Erst dann könne über mögliche Kalkungsmaßnahmen entschieden werden. Da eine derartige Bodenschutzkalkung ggf. für den Gammelshäuser Waldboden nicht zielführend sei, schlug Bürgermeister Kohl vor, dies nur in enger Abstimmung mit dem Förster weiterzuverfolgen.

Der Gemeinderat sprach sich dafür aus, eine gemeinsame Waldbegehung durchzuführen, um sich mit den dortigen Gegebenheiten vertraut zu machen.

Jagdgenossenschaftsversammlung: Einberufen der Sitzung

Der Gemeinderat sprach sich einstimmig dafür aus, in Kürze wieder eine Jagdgenossenschaftsversammlung durchzuführen. Die Verwaltung der Jagdgenossenschaft wurde seit vielen Jahren bereits auf den Gemeinderat übertragen. Im Zuge der Jagdgenossenschaftsversammlung wird dann über die Verwendung des Reinertrags beschlossen. Alle Jagdgenossen werden zur Versammlung rechtzeitig eingeladen. Bürgermeister Daniel erinnerte daran, dass auf Beschluss der letzten turnusmäßig einberufenen Versammlung im Jahr 2012 ein Erdbohrer und ein Obstschüttler aus dem damaligen Reinertrag beschafft wurden.

Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr: Sachstandsbericht

Das Löschfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr LF8 wurde im Jahr 1986 zu einem Preis von 202.000 DM angeschafft und gehört somit zu den ältesten Feuerwehrfahrzeugen im Landkreis. Dieses Fahrzeug soll in den nächsten Jahren durch ein Neufahrzeug ersetzt werden. Bürgermeister Kohl führte aus, dass gemeinsam mit Feuerwehrkommandant Wolfgang Mürter und Kreisbrandmeister Dr. Reick Gespräch geführt werden, um den Bedarf und mögliche Fahrzeugangebote zu erörtern. Ein entsprechendes Fahrzeug, das den Anforderungen unserer Wehr und unserer Gemeinde entsprechen würde, konnte vor kurzem vom Gemeinderat vor Ort in Augenschein genommen werden. Der Bürgermeister betonte, ein Neufahrzeug werde kein Prestigeobjekt darstellen, sondern die notwendigen Anforderungen erfüllen. Trotzdem müsse mit Anschaffungskosten in Höhe von ca. 315.000 EUR gerechnet werden. Bei erwarteten Zuschüssen in Höhe von rd. 190.000 EUR gelte es für die Gemeinde Mittel in einer Größenordnung von rd. 125.000 EUR bereitzustellen. Um gute Angebotspreise zu erhalten werde sich die Gemeinde an einer europaweiten Ausschreibung des Fahrzeugs beteiligen. Der Gemeinderat folgte der vom Bürgermeister aufgezeigten Konzeption für die Fahrzeugneubeschaffung. Ein solches Großprojekt könnte in die Finanzplanung für das Jahr 2019 aufgenommen werden. In einer der nächsten Gemeinderatssitzungen wird sich das Gremium detailliert mit der Thematik befassen und entsprechende Beschlüsse fassen. Ein Ratsmitglied bat bereits im Vorfeld um eine klare Begründung, weshalb man sich gerade für ein bestimmtes Fahrzeug ausspreche.

Vorberatung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands „Raum Bad Boll“ am 29.11.2017

Ausführlich befasste sich das Gremium mit den in der Verbandsversammlung anstehenden Angelegenheiten. Ein großer Aspekt gilt dabei dem Themenblock N!-Region „Raum Bad Boll“. Dabei sollen die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen im Verbandsgebiet vorgestellt werden. Für die Besetzung des Nachhaltigkeitsbeirats fiel das Gammelshäuser Los auf Frau Ursula Bader und Herrn Hans Hohlbauch. Außerdem erfolgt im Rahmen der Verbandsversammlung ein Vortrag eines Vertreters der Stadt Ludwigsburg, der Ziele nachhaltiger Entwicklung am Beispiel Ludwigsburgs vorstellen wird. In der Verbandsversammlung wird außerdem über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 beraten. Erstmals auf der Tagesordnung stehe ein Spendenbericht für das Jahr 2016. Bisher hatte der Verband keine Spenden erhalten. Erst durch die Inbetriebnahme des E-Bürgerautos LORENZ und hiermit eingegangene Spenden muss über die Annahme von Spenden beschlossen werden. In diesem Zusammenhang informierte Bürgermeister Kohl über seine Versuche, den Wirkungskreis des Bürgerautos LORENZ über den Bereich des Gemeindeverwaltungsverbands Raum Bad Boll hinaus auf die Gemeinde Heiningen auszudehnen. Ein entsprechender Wunsch war an ihn von vielen Bürgern aber auch vom Krankenpflegeverein herangetragen worden. Jedoch sei dies im Hinblick auf gewerbliche Beförderungsunternehmen im Verbandsgebiet aus rechtlichen Gründen nicht möglich, so die vorherrschende Meinung im Verwaltungsrat, dem die Bürgermeister der Verbandsgemeinden angehören.

Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 bis 2016: Bericht zum Abschluss der Prüfung

Vom Landratsamt Göppingen wurde die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 bis 2016 durchgeführt. Erstmals fand die Prüfung nicht im Rathaus statt, sondern wurde im Landratsamt durchgeführt. Der Gemeinderat wurde über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichtes unterrichtet. Die einzelnen Prüfungsfeststellungen werden von der Verwaltung erledigt.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Die **Gesetzmäßigkeit der Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragsplan 2017** wurde vom Kommunalamt des Landratsamts Göppingen nunmehr bestätigt. Dabei wurde der Gemeinde bescheinigt, dass sich die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt von 120.000 EUR auf 175.000 EUR verbessert habe. Dies sei zwar erfreulich, jedoch bleibe die finanzielle Lage der Gemeinde unverändert kritisch. Erneut wurde die Gemeinde vom Kommunalamt darauf aufmerksam gemacht, freiwillige Angebote und Kostenverteilungsschlüssel beim Grundschul- und Kindergartenverband zu überprüfen.

Die Gemeinde Gammelshausen ist seit **60 Jahren Mitglied beim Deutschen Roten Kreuz** und hat hierfür eine Jubiläumsurkunde erhalten. Kohl erinnerte daran, dass sich der Gemeinderat in diesem Jahr trotz aller Sparmaßnahmen auch bei kleineren Ausgabeposten für eine Beibehaltung dieser Mitgliedschaft ausgesprochen hatte.

Am Sonntag, den 26. November, findet in der Aussegnungshalle unter Mitwirkung des Musikvereins und des Gesangvereins die **Gefallenen- und Totengedenkfeier** statt. Hierzu erging eine herzliche Einladung des Bürgermeisters.

Erfreuliches konnte der Bürgermeister in Sachen **Sanierung des Bauhofs** bekanntgeben: Seitens des Regierungspräsidiums Stuttgart sei eine Bezuschussung in Höhe von 60% der Modernisierungskosten des Bauhofgebäudes in Aussicht gestellt worden.

Die **Außenanlagen am Gebäude der Kreisbaugesellschaft Göppingen** sind in vollem Gang. In Absprache mit den dort tätigen Baufirmen werden diese regelmäßig den Schulweg mehrmals täglich säubern, um so die Schmutzbeeinträchtigungen insbesondere für die dort laufenden Kinder im erträglichen Rahmen zu halten. Bereits im Dezember sollen die ersten Wohnungsbezüge stattfinden.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher brachte vor, dass für Streuobstbäume der Befall von Misteln ein großes Problem darstelle. Seitens des NABU werde deshalb dazu geraten, befallene Obstbäume entsprechend zu beschneiden. Es gelte daher, bei den gemeindeeigenen Bäumen (z. B. auf dem Friedhof) Rückschnitte zu tätigen. Bürgermeister Kohl sagte eine entsprechende Prüfung dieser Angelegenheit zu.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer

-24.11.2017-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 19.12.2017

Künftige Betriebsführung der kommunalen Wasserversorgung: Beratung und Beschlussfassung

Die Betriebsführung der örtlichen Wasserversorgung wird künftig neu geordnet. Der Gemeinderat beschloss einstimmig, die Energieversorgung Filstal GmbH & Co. KG Göppingen (EVF), ab dem 01.04.2018 mit der technischen Betriebsführung der Trinkwasserversorgungsanlagen der Gemeinde zu beauftragen. Hierfür fällt ein monatlicher Pauschalbetrag in Höhe von 590,00 EUR, netto, an. Die Neuerung war erforderlich geworden, nachdem der bisherige örtliche Wassermeister, Fritz Maier, im April 2018 diese Tätigkeit nach knapp 50 Jahren beenden wird. Wie Bürgermeister Daniel Kohl ausführlich erläuterte gelten für WassermeisterInnen heutzutage hohe Anforderungen wie z. B. mehrjährige berufliche Erfahrungen in der Wasserwirtschaft sowie eine mehrmonatige Ausbildung zur Befähigung Wassermeister an einer Meisterschule. Für die Verwaltung war somit klar, dass unter diesen Voraussetzungen eine Ausbildung eines Mitarbeiters zum Wassermeister ausscheidet. Die Mitarbeiter des Gemeindebauhofs sollen jedoch weiterhin den Aufgabenbereich Rohrnetzbetreuung, der u. a. die Netzüberwachung, Lecksuche mit Behebung von Rohrbrüchen, Neubau von Hauptleitungen und Wasserhausanschlussleitungen usw. umfasst, abdecken. In der heutigen Sitzung waren Betriebsleiter Dr. Bernhardt und Herr Moll von der EVF anwesend und informierten über das Unternehmen, das sich bereits in neun Kommunen für den Bereich Wasserversorgung verantwortlich zeigt. Die EVF verfügt über ein eigenes Labor, in welchem erforderliche Wasseruntersuchungen erfolgen können. Über eine Fernwartung ist rund um die Uhr die Überwachung der Anlage gewährleistet, machten die Fachleute deutlich. Auf eine Anfrage aus der Mitte des Gremiums erklärte Bürgermeister Kohl, dass mit der Neuregelung keine Auswirkungen auf den Wasserpreis geplant sind und die Gemeinde bereits in der Vergangenheit Kosten für die Wasseraufbereitung zu tragen hatte. Abschließend brachten beide künftigen Vertragspartner ihre Freude auf eine gute Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Reinigung und Desinfektion der örtlichen Quelleitung: Änderungsbedingter Sachstandsbericht und Beschlussfassung

Die Quelleitung, d.h. die Zuleitung von den Quellen zum Hochbehälter, wurde letztmals vor 20 Jahren gereinigt. Im Gremium war man sich deshalb bereits im Frühjahr 2017 darüber einig, dass eine Reinigung erforderlich ist. Entsprechende Arbeiten wurden seitens der Verwaltung ausgeschrieben. Zwei Bieter hatten Angebote abgegeben. Der günstigste Anbieter (Kosten: 5.600 EUR) hatte den Auftrag erhalten. Im Vorfeld der Arbeiten wurde eine Kamerabefahrung der Zuleitung durchgeführt. Dabei hatte sich gezeigt, dass das Leitungsinne durch Unmengen von extrem harten Kalkablagerungen, Wurzelstücken und Kieselsteinen erheblich beeinträchtigt ist. Die beauftragte Firma zog nach Kenntnis der Untersuchungsergebnisse daraufhin ihr Angebot zurück. Das Angebot der zweiten interessierten Firma hatte sich auf 22.000 EUR belaufen und umfasste ein gänzlich neues Verfahren, welches jedoch keine Gewähr für eine komplette Entkalkung der Leitung bot. Seitens der Verwaltung wurde auch ein Risiko für den Bestand der Wasserleitung befürchtet. Alternativ wird nun in Erwägung gezogen, die vorhandene Leitung still zu legen und parallel dazu eine komplett neue Leitung zu verlegen. Die Arbeiten könnten durch die Mitarbeiter des Bauhofs unter Zuhilfenahme eines Minibaggers durchgeführt werden. Für diese neue Variante werden Kosten in Höhe von 11.800 EUR veranschlagt. Der Gemeinderat sprach sich einhellig für die Durchführung

dieser Variante aus. Sofern es die Witterung zulässt könnte mit den Arbeiten bereits im Januar/Februar 2018 begonnen werden.

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018: Einbringung und Verabschiedung

Der Gemeinderat verabschiedete den Haushaltsplan 2018 mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 3.809.160 EUR. Hiervon betragen die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts jeweils 3.231.560 EUR, die des Vermögenshaushalts jeweils 577.600 EUR.

In seiner Haushaltsrede hatte Bürgermeister Kohl ausgeführt, dass das Planwerk wie bereits in den Jahren 2015, 2016 und 2017 ohne eine neue Kreditaufnahme auskomme. Unverändert bleiben die Steuer- und Gebührensätze im Haushaltsjahr. Im Verwaltungshaushalt werde nach wie vor auf „absoluter Sparflamme“ gefahren, was zu einer gegenüber dem Vorjahr nochmals verbesserten Zuführungsrate in Höhe von 180.000 EUR führt. Als Investitionsschwerpunkte hob Kohl zwei Vorhaben hervor: Generalsanierung des Bauhofgebäudes mit Neubau einer Lager- und Fahrzeughalle mit Kosten in Höhe von 405.000 EUR (in den Jahren 2018 und 2019) und Erneuerung des Feldwegs zu den Aussiedlerhöfen (22.000 EUR). Für beide Vorhaben ist die Gemeinde auf Landeszuschüsse angewiesen und hat entsprechende Anträge gestellt. Anschließend erläuterte Verbandskämmerer Michael Deiß das Planwerk und sprach von einem, verglichen mit früheren Haushaltsjahren, erfreulichen Haushaltsplan. Positiv sei die weitere Erhöhung der Zuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt sowie das Gewerbesteueraufkommen, das sich gegenüber den ersten Erhebungen (120.000 EUR) auf rd. 180.000 EUR einzupendeln scheint. Größter Ausgabeposten bleibt die Kreisumlage mit 567.500 EUR. Deiß erklärt, aus kommunaler Sicht sei eine Senkung des entsprechenden Hebesatzes zwingend gegeben gewesen. Aus der Mitte des Gremiums wurde angeregt, sich in dieser Sache an die Landkreisverwaltung zu wenden. Kohl empfahl, dass er die Angelegenheit zunächst im Verwaltungsrat des Gemeindeverwaltungsverbandes vorbringen möchte, um mögliche gemeinsame Aktionen der Verbandsgemeinden vorzubesprechen. Keine Möglichkeit sah die Verwaltung, die Anregung eines Ratsmitglieds umzusetzen und die Grundsteuerhebesätze wieder abzusenken.

In der weiteren Diskussion stand die im Planwerk enthaltene Bauhofsanierung mit Hallenneubau und Wertstoffhofzentralisierung im Mittelpunkt. Ein Gemeinderatsmitglied hatte sich aus Kostengründen entschieden dagegen ausgesprochen, die Maßnahme wie aufgezeigt zur Ausführung zu bringen. Er erinnerte an den Beschluss des Gemeinderats, den Erlös aus der Veräußerung der beiden Bauplätze im Gebiet Haldenweg, er sprach von 105.000 EUR, zur Sanierung des Bauhofgebäudes zu verwenden. Dieses Vorhaben könne er unterstützen. Jedoch umfasse das jetzt aufgezeigte Projekt, einschließlich der erforderlichen Verlegung des am Bauhof vorbeiführenden Wegs, Investitionskosten von rd. 500.000 EUR. Auch unter dem Aspekt, dass für die Baumaßnahme Zuschüsse von rd. 340.000 EUR fließen werden, halte er die Ausgaben hierfür für zu hoch. Die sich derzeit abzeichnende verbesserte Finanzlage der Gemeinde könne sinnvollerweise genutzt werden, um Geld für andere Zwecke anzusparen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an eine notwendige Neubeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges in den nächsten Jahren. Bürgermeister Daniel Kohl machte deutlich, mit dem Bauhofprojekt würden die bisher an 4 bis 5 verschiedenen Orten im Gemeindegebiet verteilten Lagerflächen an einem Standort zentralisiert, einschließlich des Wertstoffhofs, der derzeit befristet beim Aldi-Markt betrieben wird. Eine reine Sanierung des Bestandsgebäudes ohne neue Halle mache wirtschaftlich schlichtweg keinen Sinn. Man einigte sich im Gremium darauf, die Haushaltsansätze wie angeführt zu belassen. Dies auch insbesondere deshalb, um entsprechende Zuschussanträge stellen zu können. Nach Vorliegen entsprechender Bescheide können detaillierte Aussagen über die weitere Finanzierung gemacht und Beschlüsse gefasst werden. Der Vorsitzende sagte dennoch zu, zeitnah mit dem beauftragten Architekturbüro Optimierungsalternativen zu suchen, um mögliche weitere Einsparungspotentiale ausloten zu können.

Diskutiert wurde auch der in der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2017 bis 2021 aufgenommene Ausgabenansatz in Höhe von 315.000 EUR für den Erwerb eines neuen Feuerwehrfahrzeuges. Die Verwaltung erklärte, dass für einen möglichen Erwerb im Vorfeld entsprechende Zuschussfragen abzu prüfen wären und deshalb das Planwerk entsprechende Zahlen enthalte. Selbstverständlich würden rechtzeitig gegebenenfalls die notwendigen Gemeinderatsbeschlüsse gefasst werden. Bei zwei Gegenstimmen wurde die Haushaltssatzung 2018 vom Gremium beschlossen.

Bauantrag auf Errichtung eines Zweifamilienhauses mit zwei Garagen auf Flurstück 658/5, Kirchstraße 11/2

Der Gemeinderat stimmte dem eingegangenen Baugesuch zu und erteilte das Einvernehmen zu notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen der Einbeziehungssatzung „Kirchstraße“, da das Bauvorhaben das dortige Pflanzgebot geringfügig beeinträchtigt und mit den geplanten Garagen nichtüberbaubare Grundstücksflächen tangiert sind.

Bau eines LTE-Sendemastes für schnelles Internet: Anfrage der Deutschen Telekom

Der Bürgermeister unterrichtete den Gemeinderat vom Vorhaben der Deutschen Telekom, auf dem Gemarkungsgebiet einen ca. 15 bis 20 Meter hohen Masten aufzustellen, um so dem Bundesauftrag nachzukommen, flächendeckend schnelles Internet anzubieten. Es werde ein Standort um den Bereich des Friedhofs gesucht. Von diesem Standort könnte dann das gesamte Ortsgebiet Gammelshausen und der Ostteil der Gemeinde Dürnau versorgt werden. Der Gemeinderat sah im Ansinnen der Deutschen Telekom einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der örtlichen Infrastruktur und befürwortete deshalb eine entsprechende Unterstützung der Gemeinde durch Benennung geeigneter, sich im Gemeindebesitz befindlicher Flächen. Im Rahmen der geplanten Einwohnerversammlung im März 2018 soll die Angelegenheit der Bürgerschaft vorgestellt werden.

Lärmaktionsplanung: Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende sehe derzeit wenig Chancen für die Gemeinde, dass das Land Lärminderungsmaßnahmen im Ort fördere. Für lediglich zwei Gebäude im Bereich des Rathauses hatten Lärmberechnungen nachts Betroffenheiten ermittelt. Trotz geringer Erfolgsaussichten plädiere er jedoch dafür, das förmliche Verfahren weiter zu führen, was bedeute, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt und u. a. Nachbargemeinden formal angehört werden. Er beabsichtige, im Rahmen der Einwohnerversammlung über den Stand der Lärmaktionsplanung zu informieren. Ein Sprecher meinte hierzu, die in diesem Verfahren angewandten Lärmberechnungen seien wenig aufschlussreich. Er hätte Lärmmessungen für angebracht gehalten, was Bürgermeister Kohl im Verfahren ebenfalls bereits bemängelt habe.

Anbringung eines Schutzstreifens auf der L 1217: Sachstand

Wiederholt hat sich der Gemeinderat mit dieser Angelegenheit, zuletzt im Juli 2017, befasst. Das Gremium hatte sich dabei dafür ausgesprochen, auf der westlichen Fahrbahnseite der Ortsdurchfahrt einen ca. 1,50m breiten Fahrradschutzstreifen auszuweisen und entsprechend markieren zu lassen. Dieser Fahrradweg soll sich von der südlichen Ausfahrt des Kreisverkehrs auf Wunsch des Gemeinderats möglichst bis auf Höhe des Einmündungsbereichs in die Friedhofstraße erstrecken. Eine weitere Vorgabe des Gremiums war, dass Ersatz für die entfallenden Parkmöglichkeiten vor den Gebäuden Hauptstraße 6 bis 12 auf der östlichen Fahrbahnseite gefunden wird. Bürgermeister Kohl gab nunmehr bekannt, dass der Schutzstreifen voraussichtlich bis auf Höhe der Einmündung in die Kornbergstraße ausgewiesen werde. Eine weitere Verlängerung in südlicher Richtung ist nicht möglich, da ab dem Anwesen Im Anwand 1 ein durchgezogener Mittelstreifen auf der Fahrbahn der Ortsdurchfahrt angebracht ist. Bei Anbringung eines Schutzstreifens im dortigen Bereich wäre die Mindestfahrbahnbreite nicht mehr gewährleistet. Nachdem es von verschiedenen Stellen unterschiedliche Aussagen hinsichtlich der Zulässigkeit eines Ersatz-Parkstreifens auf der östlichen Straßenseite gab, sprach sich das Gremium dafür aus, dass vor endgültiger Entscheidung im Januar eigene fundierte Abmessungen stattfinden sollen. Allgemein wurde vom Gremium nach wie vor die Unterstützung des Projekts befürwortet. Nicht zuletzt sei damit neben der Verkehrssicherheit auch ein Stück weit Verkehrsberuhigung auf der Ortsdurchfahrt verbunden. Jedoch gelte es, die Bedingungen der Gemeinde für die Umsetzung einzuhalten.

Kommunales Notfallmanagement: Beschlussfassung zur Erstellung einer Notfallplanung

Nach dem Landeskatastrophenschutzgesetz besteht für Städte und Gemeinden die Verpflichtung, im Rahmen ihres Aufgabenbereichs, im Katastrophenschutz mitzuwirken. Außergewöhnliche Wetterereignisse mit ihren negativen Folgeerscheinungen haben in

den vergangenen Jahren zugenommen. Die Voralbgemeinden haben sich deshalb zusammengeschlossen und sind an die EnBW herantreten, die über große Erfahrung im Bereich Notfallmanagement verfügt. Seitens der EnBW wurde daraufhin ein Angebot erstellt, das insbesondere die Durchführung von Workshops beinhaltet, damit eine Arbeitsgruppe vor Ort, Krisensituationen erkennen und bewältigen kann. Das Gremium bewertete das Angebot zunächst noch zurückhaltend und wünschte detailliertere Angaben über die angebotenen Inhalte. Auch sollte eruiert werden, ob bereits entsprechende Planungen vorhanden sind, auf die zurückgegriffen werden kann. Bürgermeister Kohl bemerkte, dass es mit dem Zusammenführen von allgemeinen Unterlagen aus seiner Sicht nicht getan sei, vielmehr seien für die Handlungsfähigkeit im Krisenfall individuelle Konzepte nötig, die gemeindeeigene Themen und Strukturen berücksichtigen. Zu gegebener Zeit werde man diese Thematik erneut im Gremium beraten.

Annahme von Spenden im Jahr 2017

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg darf die Gemeinde Spenden und Schenkungen Dritter zur Erfüllung ihrer Aufgaben annehmen. Über die Annahme entscheidet der Gemeinderat. Im vergangenen Jahr erhielt die Gemeinde Spenden in Höhe von insgesamt 6.300 EUR. Hiervon belaufen sich die Spenden zur Förderung der Heimatpflege auf 4.250 EUR. 2.050 EUR dienen der Förderung des Feuerwehrwesens. Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Spenden zu. Bürgermeister Daniel Kohl bedankte sich nochmals ganz herzlich bei allen Spendern.

„Gammelshäuser Almbtrieb“ am 22.10.2017: Abrechnung der Gemeindeveranstaltung

In kurzen Worten erinnerte der Vorsitzende an *die* Großveranstaltung des Terminkalenders der Gemeinde im vergangenen Jahr. Die Veranstaltung sei rundum gelungen und ein voller Erfolg gewesen. An diesem Tag dürften sich rd. 6.000 Gäste aus nah und fern in Gammelshausen aufgehalten haben. Allen Mitwirkenden, Beteiligten und Helfern, die zum Gelingen des Almbtriebs beigetragen haben, gelte nochmals ein besonderer Dank. Das Abrechnungsergebnis setze sich wie folgt zusammen (in Kürze): Einnahmen insgesamt 20.012,12 EUR; Ausgaben 13.989,80 EUR. Damit ergibt sich ein Gewinn in Höhe von 6.022,32 EUR. Auf Beschluss der beteiligten Organisationen sollte der Gewinn zu zwei Dritteln den beteiligten Vereinen und Organisationen zukommen. Damit erhält jede Organisation 573,55 EUR. Von dem weiteren Drittel (2.007 EUR) soll ein Projekt für die Dorfgemeinschaft realisiert werden. Wünsche, Hinweise und Ideen können noch bis Ende Februar an die Gemeindeverwaltung übermittelt werden.

Einwohnerversammlung 2018: Organisatorisches

Bürgermeister Kohl gibt bekannt, dass am Mittwoch, den 7. März 2018 eine Einwohnerversammlung durchgeführt werde. Dabei soll über viele die Gemeinde betreffenden Themen wie z. B. die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde, die Ortskernsanierung, Wasseraufbereitung im Hochbehälter, Lärmaktionsplanung, Ersatzbeschaffung Feuerwehr-Löschfahrzeug, Finanzsituation der Gemeinde und anderes informiert werden. Bereits zuvor soll am Sonntag, den 4. März 2018 ein Tag der offenen Tür mit Besichtigung verschiedener Objekte (u. a. Hochbehälter) durchgeführt werden. Hierzu wird rechtzeitig im Mitteilungsblatt eingeladen.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Daniel Kohl bedankte sich bei den Mitgliedern des Gemeinderats für die gute, vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und dankte auch der interessierten und engagierten Bürgerschaft für das rege Miteinander.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher brachte vor, im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands habe die **Thematik „Nachhaltigkeit“** hohe Bedeutung erlangt. Er bitte deshalb darum, dass die Gemeinde auf den Wirkstoff Glyphosat bei der Außenanlagenpflege verzichten möge.

Auf Anfrage einer Gemeinderätin erklärte der Vorsitzende, dass die Entscheidung über die Vermietung der **gemeindeeigenen Wohnung** im Gebäude Hauptstraße 21 nach Bewerbungsschluss vom Gemeinderat getroffen werde.

Außerdem wurde vorgebracht, dass die **Bäume entlang der L 1217 zwischen Gammelshausen und Heiningen** auf mögliche Gefährdungen aufgrund ihres Zustands überprüft werden sollten. Bürgermeister Kohl verwies darauf, dass die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit bei der Straßenmeisterei liege und man mit den entsprechenden Mitarbeitern Kontakt aufnehmen werde.

Eine Anfrage betraf die **Lüftungsanlage der Kegelbahnen** im Gemeindehaus. Bürgermeister Daniel Kohl erklärte, dass die Anlagen derzeit Instand gesetzt werden.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer

-04.01.2018-